214. Ausgabe · 37. Jahrgang

München, Montag, 22. Oktober 1923

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Schriftleitung und Anzeigenabteilung: München, Schellingstr. 39/I, Tel. 27460, 23695. Verlag: München, Thierschstr. 15, Tel. 20647

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Preis: M. 100000000, ausw. M. 120000000
Bezugspreis für Österreich: Einzelnummer 1200 Kr

F. M. J. Rehse Archiv ... München

Heraus mit der schwarz-weiß-roten Fahne!

Halbe und ganze Entschlüsse

Die Reichsregierung hat von Lossow abgesetzt, von Kahr und die bayerische Staatsregierung haben ihn erneut als Landeskommandanten der Reichswehr in Bayern ernannt. Damit war der Konflikt in ein überaus ernstes, aber auch begrüßenswertes Stadium getreten, begrüßenswert deshalb, weil die notwendigen Klärungen jetzt schneller eintreten dürften. Nachstehend geben wir die Erklärungen der bayerischen Regierung und der sog. Reichsregierung wieder.

Die amtliche bayerische Darstellung legt rein sachlich dar, „wie es kam", und vertritt die Auffassung, daß Dr. von Kahr indirekt von Herrn Geßler als Zivilkommissar für Bayern anerkannt worden sei, daß dieser aber eine rein politische Angelegenheit in eine militärische umgedeutet hätte, und so selbst schuld am eingetretenen Konflikte sei.

Ganz anders geht die Reichsregierung ins Zeug: sie beschuldigt eindeutig die bayerische Regierung und deren Generalstaatskommissar, die Weimarer Verfassung gebacht und Zwietracht ins Volk getragen zu haben.

Ehe wir das Verhältnis näher betrachten, ist auf zwei Merkwürdigkeiten hinzuweisen, die gestern Stadtgespräch in München waren: 1. Daß zwei Aufrufe angeklebt waren und 2. daß diese beiden Aufrufe sich dem Inhalt nach scharf voneinander unterscheiden. Der von der bayerischen Staatsregierung gezeichnete (also auch von Schweyer und Wutzlhofer mitverfaßte) Aufruf wendet sich ausdrücklich nur an das bayerische Volk und betont mit nichtmißzuverstehender Deutlichkeit, daß die erfolgte Tat Bayerns den Zweck habe, bayerische Belange zu wahren; der Passus von der deutschen Treuhand wirkt im ganzen Zusammenhang, als sei er später auf irgendeinen Wunsch hin eingeschoben worden... Wenn man in Berlin diesen Aufruf veröffentlicht, wird es leicht möglich sein, ihn als einen rein separatistischen Akt hinzustellen und dem eigenen Aufruf in diesem Punkt noch mehr den Charakter der Wahrscheinlichkeit zu geben.

Der Aufruf Dr. von Kahrs ist im Tone deutscher gehalten und wir vermerken gern den von uns so oft gebrauchten Ausdruck von Bayern als der Hochburg des deutschen Gedankens. Dieser Ausdruck bleibt aber eine sentimentale Redensart, wenn nicht erläutert wird, warum Bayern als eine solche Hochburg zu betrachten ist. Dr. von Kahr hat selbst den heutigen Kampf als den Kampf zweier Weltanschauungen hingestellt, dies notwendige Bekenntnis fehlt in dem doch heute schon historischen Dokument vollkommen! Dr. von Kahr betonte ferner stets seine großdeutsche Gesinnung und seine Ablehnung zum heutigen Staate; das Bekenntnis zu Schwarzweißrot fehlt aber ebenfalls! Wir fragen: Ist das Zufall? Ein solcher darf in diesem Fall nicht in Betracht kommen. Eine Absicht können wir bei der bekannten Einstellung Dr. von Kahrs nicht annehmen. Bleibt also zunächst nur die eine Annahme übrig, daß die Kräfte, welche bei der Abfassung des sehr bedenklichen anderen Aufrufes am Werke waren, auch hier ein gewichtiges Wort mitgeredet haben dürften. Für eine andere Erklärung wären wir dankbar...

Weiter haben sich Zehntausende gefragt: Wer regiert nun eigentlich in Bayern: Knilling-Schweyer oder Dr. von Kahr? War es nötig, daß zwei Aufrufe erlassen wurden? Und wenn, wie konnte es kommen, daß sie solch klaffende Unterschiede aufweisen? Wir haben unsere Anschauungen über diesen Punkt schon oft wiedergegeben, und erinnern an unsere bisher unbeantwortet gebliebene Anfrage an Dr. v. Kahr, was er zu der Behauptung der Bayerischen Volkspartei zu sagen habe, die entgegen seiner amtlichen Mitteilung die Abhängigkeit Dr. von Kahrs vom Parlament in nicht mißzuverstehender Weise behauptete.

Ungeschickter — vom großdeutschen Standpunkt aus — konnte der Kampf nicht aufgenommen werden. Von einem anderen Standpunkt aus möge er jedoch recht klug gewesen sein...

Geht man nun zum Vergleich der bayerischen Aufrufe mit den Erklärungen der Reichsregierung über, so muß man es als höchst bedauerlich erklären, daß die bayerische Staatsregierung den ganzen Fall auf der Plattform der Weimarer Verfassung stehend betrachtet, diese somit weiter anerkennt und — juristisch betrachtet — der Reichsregierung die Möglichkeit gibt, Bayern ins Unrecht zu setzen.

Sie hätte vielmehr erklären müssen, daß diese Weimarer Verfassung eine Folge des Verrats vom 9. November 1918 sei, daß sie eine Überrumpelung des deutschen Volkes bedeute, daß außerdem die Reichsregierung selbst nicht das mindeste Recht besitze, sich auf diese Verfassung zu berufen, sintemalen der deutsche Reichstag diese schon mehrfach umgangen und durchbrochen habe. Die Auflösung nationaler und völkischer Verbände und die Unterdrückung ihrer Presse, die Errichtung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Nutznießer der Novemberrevolte; die verfassungswidrige „Neuwahl" von Fritz Ebert zum Präsidenten usw., gehören hierher. Das und vieles andere hätte die bayerische Regierung anführen müssen, um der von jüdischen Börsen- und Marxistenführern bestimmten Reichsregierung von vornherein auch den Schein des Rechts zu einem Angriff auf das nationale Bayern zu nehmen.

Im Aufruf der bayerischen Staatsregierung tritt dann der wirklich schon aufgebrauchte Ausdruck von „Ruhe und Ordnung" wieder auf, obgleich es für jeden doch augenscheinlich ist, daß die Erklärung selbst eine Absage an das alles ist, was bisher als Ruhe und Ordnung von derselben Regierung erklärt wurde, nämlich endloses Nachgeben dem marxistischen Hochverrat gegenüber.

Wie alle bisherigen Aufrufe und Erlasse, so beschränkt sich auch dieser wieder — wie gesagt — bloß auf Bayern. Es fehlt ihm somit jede Werbekraft, um inmitten der schon anmarschierenden Reichswehr die Überzeugung einzupflanzen, daß es sich hier nicht um ein partikularistisches Stemmen gegen allgemeindeutsche Notwendigkeiten handelt, sondern gerade um die Vertretung dieser allgemeindeutschen Belange gegen ein korruptes System, dem die überwiegend patriotischen Teile der Reichswehr wiederum dienen sollen. Die Vorgänge in Sachsen haben es gerade eben wieder gezeigt, wie es gelungen ist, deutsche Soldaten und Offiziere zu mißbrauchen. Unter der Losung, den hochverräterischen Bolschewismus und seine Führer in den Ministerien wieder der Reichsregierung gefügig zu machen, ließ man Truppen aufmarschieren. Generalleutnant Müller glaubte sicher seine Pflicht zu erfüllen, indem er sich zur Durchführung scharfer Maßnahmen anschickte. Aber er ist sicher von hebräischen Berliner Kräften zurückgehalten worden, er mußte einen Mann (Zeigner) empfangen, der kurz vorher unsere Reichswehr, unser ganzes Land an den Feind denunzierte, offen vom Ministertisch Hochverrat betrieben hatte. Er durfte ihn nicht verhaften und hängen lassen; es ist kein Ultimatum seitens Berlins nach Dresden gegangen, kein Eidbruch und Landesverrat ist dem Herrn Zeigner vorgeworfen worden. Man hat sich mit dem Verräter auf dem Stuhl eines Ministerpräsidenten „verständigt", d. h. vor dem Landesverrat kapituliert, und konzentriert jetzt — und das war das Ziel der hebräischen Drahtzieher in Berlin — alle Kräfte gegen das völkisch werdende Bayern. Der nationale Freiheitswille, dessen Vertreter am Rhein und an der Ruhr verraten, steckbrieflich verfolgt und noch im Grabe beschimpft wurden, der ist Männern unbequem, die ihr Dasein dem Verrat und dem Elend des deutschen Volkes verdanken. Der Selbsterhaltungstrieb derjenigen, welche uns von der Friedensresolution 1917, über den „Friedens"vertrag 1919, über die uns ausplündernde Erfüllungspolitik, über die verlogene „Einheitsfront" gegen den Ruhreinbruch hinweg, dieser Selbsterhaltungstrieb der Volksbetrüger treibt sie zu verzweifelten Entschlüssen gegen eine erstehende deutsche Rächerarmee...

Die Befreiung Deutschlands von seinen Parasiten und Errichtung eines völkischen Staates, das ist das Wesen des heutigen Kampfes, nicht nur die Vertretung bayerischer Interessen. Die Reichsregierung hat sich die Ungeschicklichkeit mit der bayerischen Staatsregierung zunutze gemacht und den großdeutschen Gedanken hervorgekehrt. Zugleich kehrt plötzlich die Regierung Eberts das — — — Deutschtum hervor, das angeblich von der Reichsregierung besonders vertreten werde, diese Regierung, welche einen Innenminister besitzt, welcher kürzlich noch erklärte, er wisse sich frei von Nationalismus, und welche einen Sozialdemokraten als Präsidenten anerkennt, dessen heute noch amtierender Parteivorstand Crispien offen bekannte, kein Vaterland zu kennen, das Deutschland heiße.

Das alles sind also unwahre Sprüche, aber die bayerische Regierung hat bedauerlicherweise sich nur verteidigt, isoliert, anstatt selbst zum Angriff überzugehen und die Vertretung und Durchsetzung des völkisch-großdeutschen Gedankens zu übernehmen!

Die Reichsregierung hat seit über drei Wochen aktiv gearbeitet, gerüstet, in Bayern ist nichts, nichts geschehen.

Die Lage ist also jetzt die: Lassen sich Dr. von Kahr, von Knilling und von Lossow als Verräter brandmarken, oder aber es entrollt sich elementar aus dem Volke die schwarzweißrote Fahne mit der Forderung an die Reichswehr im Norden, die Lage zu wenden und sich nicht mehr als Schutztruppe des jüdischen Marxismus und des Börsentums mißbrauchen zu lassen.

Die Dinge sind eingetreten, wie wir sie — wiederum von allen Seiten angefeindet — vorhergesagt hatten. Kostbare Wochen sind in Untätigkeit vertan, und auch jetzt ist noch nichts geschehen, nachdem selbst die Aufrufe total mißglückt sind. Die Dinge scheinen sich zu überstürzen; wir hoffen, daß eine Wendung eintritt, die notwendig ist, um das Steuer herumzureißen.

Kahr an die Presse

München, 21. Okt. Am Samstag, abends halb 8 Uhr, hat der bayerische Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr Vertreter der Presse empfangen und ihnen eröffnet: Die Vorgänge, die sich in den letzten 48 Stunden seitens der Reichsregierung abgespielt haben, seien so unerfreulich, bedauerlich und unerhört, daß man sich als Deutscher wirklich sehr unangenehm berührt fühlen muß. Die bayerische Regierung kam infolge der nunmehr eingetretenen Entlassung des Generals v. Lossow zu dem einzig möglichen Entschluß, den General Lossow nun ihrerseits zum Landeskommandanten ernennen und ihn zu beauftragen, die bayerische Reichswehr auf den bayerischen Staat feierlich zu verpflichten. So sehr es zu beklagen sei, daß es zu dieser Entscheidung kommen mußte, so falle die Schuld auf jene, die mit dem Feuer gespielt haben. Der Generalstaatskommissar ersuchte die Pressevertreter, bei der ganzen Behandlung der Angelegenheit den deutschen Gedanken an die Spitze zu stellen, denn das bayerische Vorgehen habe mit Separatismus nichts zu tun, und Bayern müsse sich in dieser Situation fühlen als der Staat, der berufen ist, im Gegensatz zur marxistischen Einstellung das Nationale und Deutsche zu vertreten. Es handle sich nicht um Lossow, nicht um die Reichswehr, sondern letzten Endes um den Kampf der marxistisch-international-undeutschen Einstellung gegen die nationale und christliche Weltanschauung, und Bayern sei der Streiter für den großen deutschen Gedanken. Durch die nun folgende Flut von Verleumdungen und Schmähungen dürften wir uns nicht abhalten lassen, für das Wahrhaftige, Echte und Deutsche einzutreten.

Aufruf der bayerischen Regierung

Aufruf an das bayerische Volk

München, 21. Okt. Die bayerische Staatsregierung hat diesen Aufruf an das bayerische Volk erlassen: **Reichswehrminister Dr. Geßler hat als Inhaber der vollziehenden Gewalt für Bayern zwar einen militärischen Befehlshaber, aber keinen Zivilkommissar ernannt. Gleichwohl hat der Reichswehrminister dem General von Lossow in einer Angelegenheit, die zweifellos zur Zuständigkeit des bayerischen Generalstaatskommissars gehört, einen Befehl erteilt und hierdurch in die Polizeihoheit Bayerns eingegriffen. General von Lossow hat sich in der gegebenen schwierigen Lage in loyalster Weise mit der bayerischen Regierung in Verbindung gesetzt, die ihrerseits die Weiterbehandlung der Angelegenheit nach der politischen Seite für geboten erachtete und die Reichsregierung nachdrucksam auf die schweren Folgen einer etwaigen Maßregelung General von Lossows hinwies. Gleichwohl hat der Reichswehrminister die Angelegenheit rein militärisch betrachtet und den General von Lossow seines Dienstes enthoben. Die bayerische Staatsregierung konnte diese Maßnahme unmöglich hinnehmen und hat daher im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern und zur Wahrung der bayerischen (!!) Belange bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reiche den bayerischen Teil der Reichswehr ihrerseits als Treuhänderin des deutschen Volkes in Pflicht genommen, den General von Lossow als bayerischen Landeskommandanten eingesetzt und mit der Weiterführung der bayerischen Division beauftragt.**

Das bayerische Volk wird diesem, auch im wohlverstandenen Reichsinteresse gelegenen Schritt, der zur Wahrung der Würde und des Ansehens Bayerns bei der gegebenen Sachlage unvermeidlich war, volles Verständnis entgegenbringen.

Das Gesamtstaatsministerium.

Aufruf Kahrs

München, 21. Okt. Herr von Kahr hat diesen Aufruf erlassen: Der Reichswehrminister hat versucht, den bayerischen Landeskommandanten General von Lossow durch Drohungen gegen Bayern zur Abdankung zu zwingen. Die Verwahrung der bayerischen Staatsregierung hat der Reichswehrminister mit der sofortigen Dienstenthebung des Generalleutnants von Lossow beantwortet. Bayerische Staatsregierung und Generalstaatskommissar wissen sich eins mit allen Deutschgesinnten, wenn sie eine solche Maßnahme ablehnen. Bayern betrachtet es als seine heilige Pflicht, in dieser Stunde eine Hochburg des bedrängten Deutschtums zu sein. Die bayerische Staatsregierung hat deshalb im Einverständnis mit dem Generalstaatskommissariat den Generalleutnant von Lossow mit der Führung des bayerischen Teiles des Reichsheeres betraut.

Bayern, Deutsche! Bleibt treu der hehren Aufgabe, unserem deutschen Vaterland die innere Freiheit wiederzugeben!

Der Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr.

Antwort Bayerns an das Reich

C. H. Zu dem Aufruf der Reichsregierung wird amtlich bekanntgegeben:

Die Anordnungen des bayerischen Gesamtministeriums vom 21. Oktober 1923, durch welche die Dienstenthebung des Generals von Lossow außer Wirksamkeit gesetzt wurde, stützt sich auf Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung und stellt daher keinen Bruch der Reichsverfassung, sondern vielmehr eine mit der Reichsverfassung in vollem Einklang stehende Maßnahme dar.

Die Ernennung eines Nachfolgers durch die Reichsregierung ist schon deshalb unmöglich, weil die bayerische Regierung die erforderliche Zustimmung unter keinen Umständen erteilen würde.

Lossow bleibt bayerischer Landeskommandant

München, 21. Okt. Halbamtlich wird mitgeteilt: In den Abendstunden sind in München wichtige Entscheidungen gefallen. Die Staatsregierung hat einen Aufruf erlassen, in dem mitgeteilt wird, daß sie im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern und zur Wahrung der bayerischen Belange bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reich dem bayerischen Teil der Reichswehr ihrerseits als Treuhänderin des deutschen Volkes in Pflicht genommen, den General von Lossow als bayerischen Landeskommandanten eingesetzt und mit der Weiterführung der bayerischen Division beauftragt hat. Im Übrigen ist bis zur Stunde ein Abschiedsdekret dem General von Lossow noch nicht zugegangen.

Aufruf der Reichsregierung

Die entrüstete Reichsregierung

tu. **Berlin**, 21. Okt. An dem Tage, an dem die deutschen Vertreter im Ausland den sämtlichen Mächten eine Erklärung über die außenpolitische Lage abgeben, um die Aufmerksamkeit der Welt auf die durch Frankreichs Verhalten geschaffene unerträgliche Not im Rheinland und im Ruhrgebiet zu lenken, und in der die Zusammenfassung aller Kräfte mehr als je notwendig ist, um gegenüber dem äußeren Gegner fest zu stehen, hat es die bayerische Staatsregierung für richtig erachtet, einen offenen Verfassungsbruch und innere Kämpfe im Reiche herbeizuführen. Der Ausgangspunkt dieser Kämpfe war die Entscheidung darüber, ob die militärische Disziplin, nach der jede Armee aufgebaut sein muß, auch im heutigen Deutschland Geltung haben soll oder nicht. Der Chef der Heeresleitung konnte nicht dulden, daß klare Befehle, die von ihm gegeben waren, von einem Untergebenen aus politischen Gründen mißachtet wurden. Eine Armee, in der die Ausführung eines Befehls abhängig gemacht wird von politischen Erwägungen, ist kein Instrument zur Aufrechterhaltung der Macht eines Staates nach außen und innen.

Gerade die bayerische Staatsregierung, die den Gedanken der Wehrhaftmachung des Volkes wiederholt vertreten hat, müsse sich darüber klar sein, daß die Aufrechterhaltung der Disziplin in der Armee die Grundlage jeder Wehrhaftmachung ist und sein muß. Gerade die bayerische Staatsregierung, die wiederholt in Ausführungen des Generalstaatskommissars von Kahr die Bewährung des nationalen Gedankens für sich speziell in Anspruch nimmt, müsse sich klar darüber sein, daß national sein vor allen Dingen heißt, in Zeiten der Not Geschlossenheit im Innern zu bewahren und Sonderwünsche und Sonderinteressen dahinter zurückzustellen.

Mit dem von dem Generalstaatskommissar von Kahr in die Öffentlichkeit geworfenen Gedanken des Kampfes gegen den Marxismus hat die in Rede stehende Frage gar nichts zu tun. Der Chef der Heeresleitung, der Reichswehrminister, haben bei ihrem Kampfe für die Autorität in der Reichswehr lediglich für diese Idee, nicht für irgendwelche parteipolitische Einstellung gekämpft. Dasselbe gilt von der Reichsregierung, die sich bis zum äußersten bemüht hat, durch weitgehendste Ausnutzung von Verständigungsmöglichkeiten jeden Bruch zu vermeiden.

Mit Entschiedenheit und Entrüstung weist die Reichsregierung den Versuch des Generalstaatskommissars zurück, die Entscheidung der bayerischen Staatsregierung als den Kampf einer nationalen und christlichen Weltanschauung gegen eine marxistische internationale Einstellung hinzustellen.

Es ist unerhört, wenn in der Zeit, in der die Reichsregierung die Kräfte des ganzen Volkes braucht zur Erhaltung des Deutschtums (?) gegen den Vernichtungswillen maßgebender französischer Kreise, der Generalstaatskommissar glaubt, die Brandfackel der Zwietracht in das deutsche Volk hineinwerfen zu können und er davon spricht, es handle sich letzten Endes um die Frage — hie deutsch oder nichtdeutsch. Es gibt innerhalb der Reichsregierung und innerhalb der Millionen von Volksgenossen, die hinter ihr stehen, niemand, der den Kampf, um den es sich handelt, anders als unter dem deutschen Gesichtspunkt ansieht.

Im Kampfe um die Erhaltung der Reichseinheit fordern wir alle Deutschen auf, den Erregern der Zwietracht entgegenzutreten im Kampfe für das einzige, das uns gegenüber der uns angedrohten Vernichtung des deutschen Volkes geblieben ist, für das deutsche Reich und für die deutsche Einheit.

Der Reichswehrminister ernennt einen Nachfolger für Lossow

tu. **Berlin**, 21. Okt. **Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichswehrminister hat Generalleutnant von Lossow vom Dienst enthoben und seine Verabschiedung eingeleitet. Mit der vorläufigen Führung der 7. Division des Reichsheeres ist der nächstälteste bayerische Offizier, Generalmajor Freiherr Kreß von Kressenstein beauftragt worden.**

Der Reichspräsident hat die bayerische Regierung aufgefordert, ihm Vorschläge für die Besetzung der Stelle des bayerischen Landeskommandanten gemäß dem Wehrgesetze zu machen.

Diese Maßnahme wurde notwendig, da General von Lossow sich ausdrücklich geweigert hatte, einen ihm gegebenen Befehl auszuführen und es abgelehnt habe, aus dieser Haltung selbst Konsequenzen zu ziehen.

Die Reichsregierung beschuldigt Bayern des Verfassungsbruches

tu. **Berlin**, 21. Okt. **Zu den Vorgängen in Bayern wird halbamtlich erklärt: Die neueste Situation der bayerischen Regierung stellt zweifellos einen glatten Bruch der Reichsverfassung dar. Es ist tief bedauerlich, daß eine verantwortliche deutsche Landesregierung in einer Zeit schwerster außenpolitischer Not des Vaterlandes Sonderwünsche und Sonderinteressen gegenüber der Gesamtheit des Reiches durchzusetzen glaubt und damit dem Reich und der Reichsregierung die Zusammenfassung aller Kräfte gegen den von außen kommenden Zerstörungswillen außerordentlich erschwert.**

Wie es kam

München, 21. Okt. Von bayerischer amtlicher Seite wird nunmehr, als Erwiderung auf die Berliner Darstellung, eine ausführliche Bekanntgabe der Entwicklung des Falles Lossow veröffentlicht, der wir entnehmen:

Nach der Ernennung Kahrs zum bayerischen Generalstaatskommissar hat die Reichsregierung den General von Lossow mit der vollziehenden Gewalt in Bayern beauftragt. Durch diesen ohne Fühlungnahme mit der bayerischen Regierung erfolgten Schritt war die Gefahr schwerster Konflikte gegeben. Reichswehrminister Geßler erklärte aber dem bayerischen Gesandten, daß man zunächst von der Ausgabe materieller Befehle absehen werde und daß die beiden Ausnahmezustände gut nebeneinander würden bestehen können. Es setzten aber alsbald Berliner Versuche ein, auf Lossow einzuwirken, daß er sich als alleinigen Inhaber der vollziehenden **Gewalt in Bayern zu betrachten habe und Kahr** ihm unterstellt sei. Lossow hat dies von Anfang an abgelehnt, nachdem der bayerische Generalstaatskommissar bereits vorher ernannt gewesen sei.

Den äußeren Anlaß zum Konflikt gab ein verletzender Artikel des „Völkischen Beobachters" gegen Geßler und General von Seeckt, auf Grund dessen am 28. September, abends, der Reichswehrminister telephonisch das Verbot des Blattes befahl. Darauf wurde ein Generalstabsoffizier nach Berlin gesandt, um auf die Unausführbarkeit des Befehls und auf den Zustand hinzuweisen, der sich aus dem Bestehen zweier Inhaber der vollziehenden Gewalt ergebe. Aber noch ehe dieser Offizier, dem Geßler erklärte, **daß ein offener Konflikt mit Kahr zu vermeiden** sei, nach München zurückkehrte, wurde in einem zweiten Fernspruch vom 29. September erklärt, daß dem Einspruch gegen das Verbot des „Völkischen Beobachters" nicht stattgegeben werde und daß der Befehl unbedingt durchzuführen sei. General von Lossow übergab nun den Befehl mit der Bitte um weitere Veranlassung dem Generalstaatskommissar. Dieser erklärte, daß er dem Ersuchen nicht Folge leisten könne mit Rücksicht auf die angestrebte Zusammenfassung aller nationalen Kräfte und weil er eben erst den Redakteur des „Beobachters" habe verwarnen lassen. **Ein dritter Fernspruch aus Berlin befahl nun, das Erscheinen des „Beobachters" mit Waffengewalt zu verhindern.** Auch von diesem **Befehl wurde Herrn von Kahr Kenntnis gegeben**, der die Durchführung zur Zeit (!!) als untunlich erklärte und wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ruhe Einspruch gegen eine Reichsexekutive erhob. Dem General von Lossow blieb nichts übrig, als dem Reichswehrministerium in einer (schiffrierten, nicht offenen) Depesche zu melden, **der Generalstaatskommissar habe gegen ein bewaffnetes Einschreiten wegen schwerster Gefährdung der öffentlichen Sicherheit Einspruch erhoben, und da er unter allen Umständen einen offenen Konflikt mit ihm zu vermeiden habe, sei der Befehl unausführbar.** Das Telegramm wurde ergänzt durch einen Bericht, der ausführlich die politischen Gründe darlegte, die es dem Generalstaatskommissar unmöglich machten, nachträglich noch ein Verbot des „Beobachters" im Sinne der Weisungen von Berlin auszusprechen. Die Antwort war eine Verfügung des Generals von Seeckt vom 9. Oktober, in der Lossow Verstoß gegen die Unterordnung und bewußter Ungehorsam zum Vorwurf gemacht wurde und besonders ausgeführt war, daß Seeckt nicht mehr das Zutrauen habe, daß General Lossow willens und in der Lage sei, die Belange der Reichswehr und die Autorität des Reiches gegen örtliche politische Widerstände durchzusetzen. Er solle für seine Person die Folgerungen ziehen.

Lossow hat dieses Schreiben dem bayerischen Ministerpräsidenten bekanntgegeben und erklärt, daß er keinen Augenblick zögere, seinen Abschied einzureichen, wenn dies dem Wohl des Vaterlandes dienlich sei, daß er es aber für erforderlich halte, diese Auffassung der Landesregierung zur Kenntnis zu bringen. Es wurde nun dem General von Seeckt gemeldet, daß die Angelegenheit als rein politisch durch Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen ausgetragen werde, ferner richtete der Ministerpräsident ein ausführliches Schreiben an den Reichskanzler.

Nun erging aus Berlin der dienstliche Befehl an den bayerischen General Kreß von Kressenstein, sich am 18. Oktober, nachmittags, in Augsburg zu einer Besprechung mit dem Reichswehrminister einzufinden. Die Behauptung, daß der Reichswehrminister auf eine private Aufforderung des Herrn von Kreß zu der Besprechung gekommen sei, ist erfunden. In Augsburg wurde dem General von Kreß eröffnet, daß die Enthebung Lossows eine vom Kabinett bereits beschlossene Tatsache und auch vom Reichspräsidenten schon unterzeichnet sei. Geßler sei nach Augsburg gekommen, um Lossow noch die Möglichkeit zu geben, von sich aus um seine Verabschiedung nachzusuchen. Der Minister werde sich zur Entgegennahme einer etwaigen Erklärung Lossows bis 10 Uhr abends in Augsburg aufhalten. General von Lossow begab sich erneut zum Ministerpräsidenten und Herrn von Kahr und wiederholte, daß er auch jetzt noch sofort bereit sei, seinen Abschied zu nehmen. Es wurde aber entschieden, daß v. Lossow, dessen Person in dem Konflikt vollkommen ausschied, von jedem diesbezüglichen Schritt Abstand nehmen solle. Wenn Lossow in der Berliner offiziösen Presse vorgeworfen wird, daß er einem Vermittlungsversuch des Reichswehrministers ausgewichen sei, so ist dem entgegenzuhalten, daß es den militärischen Gepflogenheiten entsprochen hätte, zu den gemachten Eröffnungen von vornherein Lossow selbst und nicht seinen Untergebenen, den Generalmajor von Kreß, zu beordern. Nach den Mitteilungen an Kreß konnte es sich aber in keiner Weise um einen Ausgleich, sondern nur um die bedingungslose Erbittung der Verabschiedung durch Lossow handeln. Zur Abgabe dieser Erklärung war Lossow nicht in der Lage, da die Landesregierung widersprach und sich die Regelung mit dem Reich selbst vorbehalten hatte. Eine Zusammenkunft Lossows mit Dr. Geßler mußte somit als zwecklos erscheinen. **Dem General von Kreß gegenüber hat Dr. Geßler davon gesprochen, daß allenfalls Bayern von Reichsbahn, Post und Telegraph und von der ganzen Geldzufuhr abgesperrt werden könnte.**

Knilling versichert Bayerns Reichstreue

München, 21. Okt. Im Rahmen der Tagung des Deutschen Museums hielt der Ministerpräsident Dr. von Knilling eine Rede, der wir folgende politisch bedeutsame Stelle entnehmen:

„Bayern, mag es noch so verdächtigt und verlästert werden, woran es gerade in diesen Tagen nicht fehlen wird, eines bleibt wahr: Unbeschadet des Festhaltens an unserer staatlichen Eigenart, das uns die Abwehr unkluger Eingriffe zur harten Pflicht macht, steht Bayern treu zum Reichsgedanken. Sein Denken und Handeln ist getragen von einem Zeichen, das Reich muß uns bleiben trotz alledem."

Der Konflikt ist da!

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der „Bayer. Kurier" eine Betrachtung zur Lage, in der es u. a. heißt:

„Um die Sozialdemokraten bei der Stange zu halten gegenüber Sachsen, soll erst das „reaktionäre" Bayern geopfert werden, damit man dann hinterher sich mit Sachsen und seiner bolschewistischen Regierung verständigt und das Vorgefallene als „Mißverständnis" aus dem Wege räumt. Der Anfang dazu ist bereits gemacht. Hat man erst Bayern klein bekommen, dann ist der Weg frei zur Aufrichtung der sozialistischen Dauerherrschaft in Deutschland. Wenn man sich den „Konflikt" mit Sachsen, der letzten Endes sich als kein solcher herausstellen wird, in Berlin besonders bestellt hätte, er hätte nicht erwünschter kommen können. Seit Wochen, ja Monaten schleppt man nun den „Konflikt" mit Sachsen hin, ohne daß man Miene macht, ernstlich zuzugreifen, weil das bei den sozialdemokratischen Wählern unangenehm berühren würde. Erst muß Bayern als Sühneopfer zum Fraß hingeworfen werden, die Reichsexekutive gegen Bayern muß vorausgehen, um eine „Plattform" dafür zu haben, daß man auch auf Sachsen drücken kann; die Sozialdemokratie und die Demokratie glauben sich damit zu salvieren. Das ist der parteitaktische neben dem prinzipiellen Gesichtspunkt."

Ganz unsere Meinung, und es freut uns, daß wir uns einmal in Übereinstimmung mit dem führenden Organ der Bayer. Volkspartei befinden. Nur möchten wir in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, daß wir seit Jahren schon diese Entwicklung der Dinge vorausgesagt haben. Was jetzt beginnt, das ist der völkische Befreiungskampf, den die Organe der Bayer. Volkspartei stets als revolutionär, als immoralisch stigmatisierten. Ob sie jetzt aus einem anderen Loch pfeifen werden?

Wenn anschließend daran dasselbe Blatt die stete Nachgiebigkeit Bayerns bejammert, daß man wegen der immer wieder ausgespielten „höheren Interessen" und der Rücksicht auf die außenpolitische Lage aufs neue nachgegeben habe, so muß darauf erwidert werden, daß es just die Bayerische Volkspartei war, die dem Abwehrkampfe Bayerns gegen die jüdisch-sozialistischen Machthaber in Neu-Jerusalem im entscheidenden Augenblick jedesmal in den Rücken fiel. So in der Frage der Einwohnerwehren, beim Sturze Kahrs und beim Republikschutzgesetz.

Wir nehmen also mit Befriedigung die Versicherung zur Kenntnis, daß einmal auch die bayerische Nachgiebigkeit ihr Ende finden werde, und daß wir auf diesem Punkte jetzt angelangt seien. Aber vorläufig sind wir noch ein wenig skeptisch, was uns der „Bayer Kurier" hoffentlich nicht verargen wird.

Die Rheinische Republik ausgerufen!

Köln, 21. Okt. Nach hier eingetroffenen Meldungen ist heute früh in Aachen die Rheinische Republik ausgerufen worden.

Brüssel, 21. Okt. Eine Meldung der belgischen Telegraphenagentur besagt, daß heute früh 4 Uhr die öffentlichen Gebäude der Stadt Aachen von Separatisten besetzt worden seien, ohne daß die Schupo Widerstand geleistet hätte. Weiter wird gemeldet, daß eine Kundgebung der sogenannten vorläufigen Regierung der Bevölkerung Brot und Arbeit zusichere. Man nehme an, daß die Separatisten sich zunächst nach Norden in die belgische Zone wenden würden, sodann wahrscheinlich in die englische und französische Zone.

Von der „Rheinischen Republik"

Brüssel, 21. Okt., 1 Uhr 55 früh. Die erste Meldung über die bevorstehende Ausrufung der rheinischen Republik findet sich in der gestrigen Ausgabe des „Peuple", in der zu lesen steht: Sonst gut unterrichtete Kreise kündigen für den heutigen Sonntag die Ausrufung der rheinischen Republik in Aachen an.

Köln, 21. Okt. Aus Aachen wird gemeldet: Heute nacht haben bewaffnete Sonderbündler, deren Zahl auf 2000 geschätzt wird, überraschend alle öffentlichen Gebäude, vor allem das Rathaus, die Post und die Regierungsgebäude besetzt. Die Sonderbündler versuchen mit den Behörden in Verhandlungen einzutreten.

Frankfurt, 21. Okt. Aus Aachen wird gemeldet: Im ganzen Bezirk herrscht seit einigen Tagen gesteigerte Nervosität. Immer hartnäckiger erhielten sich die Gerüchte, daß die Ausrufung der rheinischen Republik unmittelbar bevorstehe. **Den Sonderbündlern, die in Aachen allein 3000 Feuerwaffen zur Verfügung hätten, sagte die belgische Besatzung ihren bewaffneten Schutz zu. Das Verhalten der Besatzung gab auch den sonst umlaufenden Gerüchten viele Nahrung, insbesondere die Ausweisung der sämtlichen führenden Gewerkschaftssekretäre, darunter auch der christliche Bergarbeiterführer, Landtagsabgeordneter Harsch aus Herzogenreuth.** Die belgische Garnison lag seit einigen Tagen in erhöhter Alarmbereitschaft. Jeglicher Urlaub war gesperrt. **Gestern nachmittag durchfuhren belgische Tanks die Straßen der Stadt.**

Köln, 21. Okt., 1 Uhr mittags. **Nach den bisherigen, aus dem übrigen Rheinland vorliegenden Nachrichten, so aus Bonn, Trier, Koblenz, Düsseldorf, Eschweiler, Jülich, Stolberg, Düren und Neuß handelt es sich bei dem Aachener Putsch um ein rein örtliches Unternehmen.**

*

Aus Sowjetsachsen

An die Sowjet-Sachsen

Dresden, 20. Okt. Das Wehrkreiskommando 4 hat an die Bevölkerung eine Bekanntmachung hinausgegeben, in der es u. a. heißt: Unter Drohungen mit Gewalttätigkeiten erfolgen Eingriffe in die Gütererzeugung und Bewirtschaftung der Lebensmittel. Tätlichkeiten richten sich gleicherweise gegen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Arbeitswillige werden aus den Werkstätten herausgeholt und von der Arbeitsstätte ferne gehalten. Von den Betrieben werden Geldsummen erpreßt, die sie nicht mehr zahlen können. Die Hergabe von Lebensmitteln wird in gleicher Weise erzwungen. Hierdurch muß sich die Volksnot ins unerträgliche steigern. Die Wirtschaftskreise außerhalb Sachsens verloren zum Freistaat Sachsen das Vertrauen. Dieses wirtschaftliche Chaos ist gewollt von denen, die aus Eigennutz das schwergeprüfte Volk nicht zur Ruhe kommen lassen wollen. Ein solches Verhalten ist Hochverrat gegenüber dem Reich und ihrer verantwortungsvollen Aufgabe gegenüber allen Schichten des Volkes. Wohl bewußt, entschloß sich die Reichsregierung durch Einsatz von Truppen Ordnung zu schaffen. Ich bin mit der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen beauftragt. Wer sich der Durchführung der für nötig erachteten Maßnahmen mit Waffengewalt widersetzt, mit Waffen plündert, läuft Gefahr erschossen zu werden. Ich vertraue auf die Mitwirkung aller verfassungstreuen besonnenen Kreise der Bevölkerung. Die Truppen bringen ihre eigene Verpflegung mit und werden also hinsichtlich dieser der Bevölkerung in keiner Weise zur Last fallen. — Wir werden ja sehen, ob der Hochverräter Zeigner das vorstehend angekündigte Vorgehen gegen seine Sowjet-Sachsen erlaubt.

Müllers Verbeugung vor Zeigner

Dresden, 20. Okt. Das Wehrkreiskommando teilt mit: Nachstehendes Schreiben wurde nachmittags 1.30 Uhr dem Ministerpräsidenten Zeigner überreicht: „Sehr verehrter Herr Ministerpräsident! Entsprechend der Darlegung in meinem Brief vom 18. Okt. stellte ich, im Hinblick auf die Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten im Landtage, die Entschließung über weitere Maßnahmen dem Herrn Reichswehrminister anheim. Die Reichsregierung machte sich schlüssig. Ich bin beauftragt, im Freistaat Sachsen mit den mir zur Verfügung stehenden und zur Verstärkung und zur Verfügung gestellten Machtmitteln verfassungsmäßige und geordnete Verhältnisse wiederherzustellen und aufrecht zu erhalten. Ihnen hiervon gebührend Kenntnis zu geben, will ich nicht verfehlen. Die Gründe für das Eingreifen der Reichswehr werden vor diesem der Bevölkerung bekanntgegeben werden. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß

die von der Reichsregierung im Interesse des Gesamtwohls für nötig erachteten Maßnahmen die volle Billigung und tatkräftige Förderung der Regierung der Gliedstaaten Sachsens, finden werden. Insbesondere vertraue ich darauf, daß es Ihnen, Herr Ministerpräsident, gelingt, die bei den kommunistischen Mitgliedern der Regierung offensichtlich vorhandenen Bestrebungen, die sich gegen die Grundlagen der Reichsregierung zu wenden drohen, in den richtigen Schranken zu halten. Nur so wird die überaus schwierige Aufgabe zu lösen sein, die schwer erschütterten Zustände im Freistaat Sachsen verfassungsmäßig wieder herzustellen. Mit vorzüglicher Hochachtung gez. Müller, Generalleutnant."

Welch eine rührend zahme Sprache gegen einen Hochverräter, der in jedem anderen Staatswesen schon längst an die Wand gestellt worden wäre!

Kapitulation vor dem sächsischen Hochverräter

tu. Dresden, 20. Okt. Die sächsische Regierung ist nach dem Eintreffen des heutigen Schreibens des Generals Müller an den Ministerpräsidenten zu einer Sitzung zusammengetreten, über die strengstes Stillschweigen bewahrt wird.

Man darf aber ohne weiteres annehmen, daß es Dr. Zeigner nicht auf eine Machtprobe ankommen lassen wird. Darauf lassen auch die gestrigen Unterhandlungen des Ministerpräsidenten Dr. Zeigner mit Generalleutnant Müller schließen, die nach offiziösen Mitteilungen unter Hintansetzung aller Prestigefragen den Willen der Regierung zur Einigung bekundet haben.

Die Maßnahmen, die der Reichswehrminister zur Sicherheit der Industriestädte in Westsachsen angeordnet hat, sind inzwischen eingeleitet worden.

Wie der Verrat marschiert

Berlin, 21. Okt. Auf dem heutigen Parteitag des Bezirks Berlin der V.S.P.D. wurde der bisherige Vorstand nicht wieder gewählt, sondern durch neue Mitglieder ersetzt, die sämtlich Gegner der Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien sind. Mit außerordentlich großer Mehrheit wurde eine Resolution Crispien-Aufhäuser angenommen, in der die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes gefordert und im Ablehnungsfalle der Austritt der sozialdemokratischen Minister aus dem Kabinett gefordert wird. Ferner verlangte der Bezirkstag die Ersetzung des bisherigen Chefredakteurs des „Vorwärts", Stampfer, durch eine andere Persönlichkeit.

Das hilflose Reichskabinett

Berlin, 20. Okt. Das Reichskabinett trat mittags zu einer Sitzung zusammen, in der es sich mit der außenpolitischen und nach dem „Tageblatt", auch mit der innenpolitischen Lage beschäftigte. Im Vordergrund der außenpolitischen Besprechungen stand die gegenwärtige Lage im Ruhrgebiet. Die Reichsregierung ist nach wie vor der Ansicht, daß weitere Subventionen an der Ruhrindustrie für das Reich finanziell nicht tragbar sind. Laut „Vossischer Zeitung" hofft man jedoch, auf Grund der Vorlage, die der Reichsfinanzminister ausarbeitete, einen Ausweg zu finden, der über die Schwierigkeiten der nächsten Zeit hinweghilft. Bei der Besprechung der inneren Lage wurden, dem „Tageblatt" zufolge, Maßnahmen erwogen, die aus der Haltung Bayerns für das Reich notwendig sind. Wie das Blatt betont, handelt es sich bei dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich um keine politische Meinungsverschiedenheit, sondern vielmehr um einen reinen Bruch der Disziplin und einen Verstoß gegen die Reichsautorität, der in keinem Lande der Welt von einer Regierung stillschweigend geduldet werden könne.

Krise im Ruhrgebiet

tu. Essen, 21. Okt. Mit Ausnahme der Zechen nördlich des Rhein—Herne—Kanals, die für Italien liefern, und der Zeche „Consolidation", die für Holland Kohlen liefert, drohte gestern der gesamte Betrieb auf allen übrigen Zechen im Industriegebiet zu stocken. Es ist dies die dritte Feierschicht, die allgemein eingelegt wird. Auf Eingreifen des Reichsarbeitsministers ist von der übrigen Industrie des Ruhrgebietes von der vorgesehenen Arbeitsverkürzung von 30 auf 24 Stunden Abstand genommen worden.

Neue Pfalzopfer der französischen Justizdirne

Trotz der Einstellung des passiven Widerstanden fährt die französische Besatzungsbehörde fort, pfälzische Postbeamte zu verhaften und zu empfindlichen Strafen zu verurteilen. Der am 1. Oktober verhaftete Postamtmann Peter Bohley in Zweibrücken wurde, wie der am 3. Oktober verhaftete Postmeister Julius Geiler von Eisenberg, durch das französische Kriegsgericht in Landau, zu drei Monaten Gefängnis und fünf Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. In beiden Fällen handelt es sich um Zuwiderhandlungen gegen Anordnungen der französischen Besatzungsbehörde, die auf Monate zurückliegen.

Die Franzosen machen sich Geld

tu. Paris, 20. Okt. Nach den letzten Nachrichten aus dem besetzten Gebiet hat die Interalliierte Rheinlandskommission über die Einziehung der von den Alliierten verhängten Geldstrafen eine neue Verordnung erlassen. Kraft dieser Verordnung wird jeder Verurteilung zu Geldstrafen eine bestimmte Frist gegeben, innerhalb der die Geldstrafe erlegt werden muß, andernfalls wird das Eigentum des Verurteilten, Möbel usw., beschlagnahmt und versteigert.

Bevorstehender Bergarbeiter-Generalstreik in Mitteldeutschland

Halle, 20. Okt. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirksleitung Halle, richtete an die Bergarbeiter Mitteldeutschlands einen Aufruf zum Eintritt in den Streik, weil die den mitteldeutschen Bergarbeitern durch den gestrigen Schiedsspruch zugebilligte Lohnerhöhung von 300% und die Entscheidung über die geforderte Umänderung der Lohntabellen unannehmbar seien. Die Notstandsarbeiten sollen unter allen Umständen verrichtet werden.

Graf Kanitz, Ernährungsminister

tu. Berlin, 21. Okt. Nach der „Vossischen Zeitg." ist Graf Kanitz als Ernährungsminister in Aussicht genommen.

Nach dem „Berliner Tageblatt" ist Graf Kanitz aus der Deutschnationalen Volkspartei und der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgeschieden, weil er auf dem Standpunkt steht daß die scharfe Oppositionsstellung der Deutschnationalen Volkspartei zu dem gegenwärtigen Reichskabinett bei der jetzigen Notlage des Reiches nicht gerechtfertigt sei. Ein famoser Mann, ohne Zweifel...

Die „Sparsamkeit" auf dem Marsche

Berlin, 20. Okt. Nachdem der Reichspräsident, mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches, bis auf weiteres auf die Hälfte der ihm zustehenden Aufwandsgelder verzichtete (und seine Reitpferde?), ordnete nunmehr auch das Auswärtige Amt mit sofortiger Wirkung eine einschneidende Kürzung der Gehälter der Auslandsbeamten an. Mit ganz wenigen Ausnahmen wurden die Gehälter des Gesandtschaftspersonals in der ganzen Welt durchschnittlich um 10 Prozent, zum Teil auch höhere Sätze, herabgemindert. Die Gehälter der Gesandten wurden um 12, die der Botschafter um 15 Prozent gekürzt.

Massenverhaftung von Kommunisten

Stuttgart, 20. Okt. Aus Gründen der öffentlichen Sicherheit sah sich der Wehrkreiskommandant veranlaßt, eine größere Anzahl kommunistischer Agitatoren im Verlauf der letzten Nacht in Schutzhaft zu nehmen. Dazu wird mitgeteilt: In der Kommunistischen Partei war in den letzten Tagen eine besondere Regsamkeit zu beobachten. Die eingehenden Nachrichten ließen erkennen, daß die Kommunisten einen Generalstreik zu inszenieren und Sabotageakte aller Art vorzubereiten suchten.

Verbotener Betriebsrätekongreß

Karlsruhe, 20. Okt. Nach einer amtlichen Mitteilung ist die Abhaltung des für morgen nach hier einberufenen Betriebsrätekongresses auf Grund des militärischen Ausnahmezustandes verboten. Die verschiedentlichen Störungen der öffentlichen Ordnung und die Gewalttätigkeiten, die seit 15. Oktober sich in Baden ereigneten, dürften die Grundlage für das erwähnte Verbot sein.

Vor dem Bruch mit Frankreich

tu. Hamburg, 21. Okt. In einer Rede im Ostasiatischen Verein erklärte Stegerwald: Der Ruhrkampf sei von vorneherein strategisch falsch geführt worden. Die deutsche Abwehr hätte sich in der Hauptsache auf die Vorenthaltung der Kohlen beschränken müssen. Wir stünden vor dem Bruch mit Frankreich. Das Volk müsse sich jetzt darauf gefaßt machen, Rhein und Ruhr, wenn auch nur zeitweilig, zu verlieren.

Übergehend zur Innenpolitik erklärt Stegerwald: Das Reich könne nur gesunden durch Abkehr von allen Illusionen und Einsetzung einer starken Realpolitik und durch festen Zusammenschluß von Reich und Volk in eine Opfergemeinschaft.

Leimruten für deutsche Gimpel

London, 20. Okt. Dem Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette" zufolge, wurde gestern am Quai d'Orsay die Aufmerksamkeit auf den Bericht gelenkt, daß Frankreich bereit sei, in der Frage der Sachlieferungen eine versöhnliche Haltung zu zeigen und es sei seitens des Hauptwortführers Poincare mitgeteilt worden, daß dieser Bericht genau den Standpunkt der französischen Regierung darstelle. Er sagt, es sei schwierig, zu verstehen, weshalb Deutschland erkläre, daß es nicht das Geld finden könne, auch nur einen Bruchteil der Sachlieferungen zu finanzieren, wenn es die Mittel für andere Ausgaben aller Art beschaffen könne. — Der Berichterstatter sagt, es sei klar, daß die Franzosen, beunruhigt durch die Aussicht, daß hunderttausende unbezahlter Arbeiter ernährt werden müssen, jetzt irgendeinen Beweis des guten Willens Deutschlands suchen, der gestatte, die Verhandlungen auf eine andere Stelle überzuleiten. Von zahlreichen Stellen erfolgten Winke an Deutschland, sich zu beeilen und bei der Reparationskommission eine Abänderung des Zahlungsplanes zu beantragen.

Bezugspreis im Inland durch die Post im Monat Oktober 43,5 Millionen Mark und unter Streifband 60 Millionen Mark. Streifbandbezugsgebühr im Ausland für Oktober: Österreich 30000 Kr., Ungarn 12000 Kr., Jugoslawien 50 Dinare, Polen 200000 Mark p., Italien 14 Lire, Holland 1½ Gulden, England und bisherige deutsche Kolonien 3 sh, Vereinigte Staaten von Amerika ¾ Dollar, Schweiz und die übrigen dem Weltpostverein angeschlossenen Staaten 3½ schweizerische Franken.

Beginnen des Beamtenabbaus

Berlin, 20. Okt. Im Reichsfinanzministerium wurde soeben der Entwurf einer Verordnung über den Beamtenabbau fertiggestellt, aus dem eine Korrespondenz verschiedene Einzelheiten mitteilt. Darnach dürfen Beamte oder Anwärter nicht mehr eingestellt werden. Von der Gesamtzahl der am 10. Oktober 1923 im Dienst befindlichen planmäßigen oder außerplanmäßigen Reichsbeamten sollen mindestens 25 Prozent ausscheiden. Die durch das Ausscheiden freiwerdenden Stellen sollen nicht wieder besetzt werden.

Eine sehr schwierige Lage

Paris, 20. Okt. Der Präsident der tschechoslowakischen Republik verließ gestern abends Paris und begab sich nach Brüssel, wo er dem König einen Besuch abstatten wird. Nach dem „Echo de Paris" zielten die mit Masaryk und Benesch in Paris angeknüpften Verhandlungen darauf hin, die Beziehungen zwischen den Regierungen von Paris und Prag ähnlich zu regeln, wie dies 1921 mit der polnischen Regierung geschehen sei. Mit der polnischen Regierung bestehe erstens ein politisches Abkommen über die Aufrechterhaltung der bestehenden Verträge, das Polen die diplomatische Hilfe Frankreichs gegen Sowjetrußland sichere; zweitens ein Abkommen über die Zusammenarbeit der polnischen und französischen Heere in Konflikten (zumal in gewissen Fällen); drittens ein wirtschaftliches Abkommen. Das Bedürfnis habe sich herausgestellt, ein ähnliches Zusammenarbeiten zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei sicherzustellen. Aber das sei eine sehr schwierige Frage, die lange Überlegung und zweifellos sehr verwickelte Vorarbeiten erfordere. — Wankt die Tschechoslowakei?

England und die Eisenbahnregie im Ruhrgebiet

tu. Berlin, 20. Okt. Der englische Vertreter in der Rheinlandskommission, Lord Gilmarnock, traf gestern in London ein, um die englische Regierung über die französischen Absichten betreffend die interalliierte Verwaltung der rheinischen Bahnen zu unterrichten. Das englische Kabinett wird sich in den nächsten Tagen ebenfalls mit den französischen Plänen beschäftigen.

Finanzierung der deutschen Sachlieferungen

tu. Berlin, 21. Okt. Über die gestrige Kabinettssitzung erfährt das „Berliner Tageblatt": Im Vordergrund der Besprechungen stand die Frage der Sachlieferungen, insbesondere der Kohlenlieferungen an Belgien und Frankreich. Durch die Wiederaufnahme dieser Lieferungen würde naturgemäß der Bevölkerung wieder Arbeitsmöglichkeit gegeben werden.

Den Beratungen des Kabinetts lag ein Vorschlag des Bergbaulichen Vereins zugrunde. Danach soll die Reichsregierung das Wiederaufnehmen der Sachlieferungen, hauptsächlich aber der Kohlenlieferungen auf Reparationskonto zustimmen. Die entsprechenden Beträge für die getätigten Leistungen sollte die Reichsregierung den Industriellen angesichts der gegenwärtigen Finanzlage jedoch nicht in bar ausbezahlen brauchen, sondern auf Steuerkonto gutschreiben.

Über diesen Plan hatte der Reichskanzler im Laufe des gestrigen Tages noch eine Besprechung mit Hugo Stinnes und mit mehreren anderen Großindustriellen.

Wie verlautet, soll die Reichsregierung diesem Plan der Industriellen nicht abgeneigt sein. Endgültige Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt. Eine entsprechende Mitteilung dürfte die Regierung dann in Kürze an Frankreich und Belgien gelangen lassen.

Wie bereits gemeldet, beabsichtigt die Reichsregierung außerdem eine Note an die Reparationskommission zu richten. In dieser dürfte die deutsche Regierung voraussichtlich an die Reparationskommission die Aufforderung richten, die gegenwärtige wirtschaftliche und finanzlage und im Zusammenhang damit die augenblickliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen. Mit diesem zweiten Schritt der Reichsregierung wird dann das Problem der allgemeinen Reparationszahlungen durch Deutschland aufgerollt werden.

Die Pariser Mission Jüd Scheinmanns

Paris, 20. Okt. Der Vertreter Sowjetrußlands in London, Rakowski, äußerte sich gegenüber einem Berichterstatter des „Echo de Paris" über die Pariser Mission des Direktors der russischen Staatsbank, des Juden Scheinmann: Rußland brauche Kapitalien und wolle Käufe in Frankreich abschließen. Scheinmann solle über verschiedene finanzielle Möglichkeiten verhandeln. Die Engländer und die Deutschen hätten sich schon mit der Lage in Rußland abgefunden. Die Tatsache, daß französische Gesellschaften mit dem Wiederaufbau beschäftigt seien, könne zum Teil ihre relative Indifferenz erklären, die aber nur vorübergehend sein werde.

Österreichische Wahlschlachtpropaganda auf dem Höhepunkt

tu. Wien, 20. Okt. Die Agitation für die morgen stattfindenden Neuwahlen zum Nationalrat hat ihren Höhepunkt erreicht. Fast jede Nacht kommt es zu Zusammenstößen zwischen den gegenseitigen Plakatanschlägern, in deren Verlauf auch Revolverschüsse und Messerstiche eine Rolle spielen. Obwohl ein Resultat der Wahlen naturgemäß nicht vorhergesagt werden kann, so rechnet man doch damit, daß auch der kommende Nationalrat eine bürgerliche Mehrheit aufweisen wird, während im Wiener Gemeinderat nach wie vor unbestritten die Mehrheit den Sozialdemokraten verbleiben wird. Als kommender Bürgermeister von Wien ist der Sozialdemokrat Seitz auserwählt.

Vom Rechte, das mit uns geboren ist...

... es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort. Sie schleppen von Geschlecht sich zum Geschlechte und rücken sacht von Ort zu Ort. Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage; weh dir, daß du der Enkel bist. Vom Rechte, das mit uns geboren ist, von dem ist, leider, nie die Frage.

Wenn der Jurisprudenz die Intelligenz ausgeht, dann pflegt sie sich auf das Rechtsbewußtsein des Volkes zu berufen, um das sie sich sonst einen Pfifferling kümmert. Der rechtschaffene Richter kann sich mit dieser Weisheit, seinem gesunden Menschenverstand und seinem Gewissen abfinden, und das Rechtsbewußtsein des Volkes hat die aus jener Weisheit entsprungenen Gnaden dankbar zu ertragen.

Graf Arco rafft sich am ... Februar 1919 zu der Tat auf, die spätestens am 9. November 1918 fällig gewesen ist. In Frankreich wäre Kosmanowski schon im Januar 1918 an die Wand gestellt worden. Unser Volk hätte solche Tat begriffen und wäre mit einer solchen Regierung durch Not und Tod gegangen. Denn was ein Volk vom Führer verlangt, ist nur Männlichkeit und Tatkraft. — Das Gericht fällt ein Todesurteil; der Ministerrat ohne den „abwesenden" Herrn Hoffmann begnadigt Arco zu ehrenhafter Festungshaft auf Lebensdauer. Das war eine Tat, die auch das Rechtsbewußtsein des Volkes verstanden hat.

Aber lebenslang soll der Mann eingesperrt sein, der sicher Nachfolger finden wird, wenn's not tut, die sich auch durch diese Strafe nicht „abschrecken" lassen, zu tun, was ihr Gewissen ihnen vorschreibt.

Der geborene Strizzi Lindner schießt in der überlegten Absicht zu töten auf den Minister Auer und tötet den schützenden Major Jahreis. Da Auers Schwarte und Brustkasten widerstandsfähiger sind als der Galizianerschädel, und da er keine Zeit hat, zu „überlegen", ob er den Vorsatz hat, den Major zu „töten", wird er zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Auf den § 214. „Wer bei Unternehmung einer strafbaren Handlung, um ein der Ausführung derselben entgegentretendes Hindernis zu beseitigen ... vorsätzlich einen Menschen tötet, wird mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft", haben die Rechtskundigen hier anscheinend vergessen.

Wenn nach diesen 15 Jahren anständige Zeit genossen längst verhungert sein werden und der Schuft dem Vaterland weit mehr als ein braver Beamter gekostet haben wird, wird er wohlgepflegt und genährt der Menschheit zurückerstattet die weiterhin vor dem „Verbrecher" Arco „geschützt" werden muß bis an dessen Lebensende.

Vernunft wird Unsinn ...

Der unreife, als gutmütig bekannte Student Zwengauer verbohrt sein verschrobenes Gehirn in den Gedanken, strafende Gerechtigkeit ausüben zu sollen, und als ihm der Zufall ein lebensunwertes Leben in die Hand spielt, vernichtet er es. Kein Mensch — er selbst wohl auch nicht — weiß, ob er sich in jenem Augenblick überlegt hat, einen Mord zu begehen. Das Urteil lautet auf Todesstrafe; Zwengauer wird zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Dort kann er in 12 Jahren Lindner bei dessen Rückkehr in die Gesellschaft verabschieden, und wenn er nochmal 12 Jahre erlebt und einen Staatsanwalt, der Einsicht hat, sein Verbrechen dann für hinreichend gesühnt zu halten und seine Begnadigung zuzulassen.

Die geborene Bestie Huber versucht ein Ehepaar, das ihn mit Freundschaft überschüttet mit vollem Vorsatz, nach reiflicher Überlegung, zu töten, und bestiehlt die er im Todeskampf wähnt in niederträchtigster Weise. Er erhält 15 Jahre Zuchthaus.

Sein Glück ist, daß die Naturen seiner Opfer zu stark und die Nerven seiner Richter zu schwach sind, ihm den Mord an seinen Schwiegerleuten zuzuschieben.

In 15 Jahren kann Zwengauer sich auch von diesem Ehrenmann verabschieden, wenn er in seiner angeborenen Verbrechernatur „gebessert" vor weiteren Taten „abgeschreckt", der „Gerechtigkeit Genüge geleistet" hat.

Landesverräter sollen jetzt mit dem Tode bestraft werden. —

In weiten Kreisen behauptet man, der vom Landvolke hochgeehrte Herr von Kahr beabsichtige, demnächst nicht nur die Lumpen, die dem Vaterland die Freiheit stehlen, mit dem Tode zu bedrohen, sondern auch diejenigen, die Millionen tüchtigster Volksgenossen bewußt in den Hunger- und Verzweiflungstod treiben und damit das Vaterland zwar langsamer, aber um so sicherer und gründlicher vernichten als jene Verräter.

Wer's glaubt, zahlt einen Taler.

... Vom Rechte, das mit uns geboren ist...

... Wann wird der Retter kommen diesem Lande? —

Vom Kapitulationskabinett zum Verpfändungskabinett

Der Ruhrkampf ist liquidiert, der außenpolitische Druck auf Deutschlands Wirtschaftsgrundlagen behoben, die Gesetzesvorschläge zur Verpfändung des gesamten deutschen immobilen Besitzes unter Dach und Fach gebracht und die Einführung der sogenannten „neuen Währung" verkündet worden. Das Volk hat die projektierte Rentenmark und Rentenbank in ihrer Bedeutung richtig erkannt und begrüßt. Es riskierte in Berlin einen Sturm auf die Börse, verdengelte einige Börsianer und brachte damit seine Ansicht über die sogenannte vorläufige Lösung der Rentenmark schlagend zum Ausdruck.

Immerhin, die kurze Spanne zwischen der angeblich reichlich theoretischen Ära Hilferding und der Aufführungspraxis des jetzigen Verpfändungskabinetts ist reichlich ausgenützt worden.

Eine kurze, aber um so intensivere Wirksamkeit hatte das Kapitulationskabinett entfaltet. Auf dem Gebiet der Finanz- und Wirtschaftspolitik vollzog sich eine grundlegende Wandlung. Das Unternehmen des Ruhrkampfkabinetts wurde aufgelassen, eine damit in Aussicht gerückte Erneuerung der Währung verheißen, Eindämmung der Geldentwertung garantiert, Geldverknappung, Devisenbeschlagnahme, Steuerreform, Kreditvalorisierung versprochen, mit hochklingenden Worten versprochen. In der Tat, ein großes, optimistisches Programm, das seine politische Propagandawirksamkeit nicht verfehlt hat. Darauf beschränkte sich allerdings das Kapitulationskabinett, ließ seine Ressortchefs große Reden halten und drückte von seinen ganzen Aufbaumaßnahmen nur diejenigen durch, welche auf der Linie vom Tributsystem zur Totalverpfändung lagen.

Hilferding verhieß Steuerreform, Behebung der Inflationssteuer zugunsten des ausgepowerten Mittelstandes. An dessen Stelle tritt die geplante Sachwerterfassung in Landwirtschaft und Industrie, die nach kurzer Zeit, wenn sie nicht von Steuerstreik und Sabotage durchkreuzt wird, eine Verpfändung der Reste nationaler Sachwerte zur Folge haben wird.

Hilferding verhieß Währungsreform. Mit Hilfe dieser Sachwerterfassung wollte er ein dreigeteiltes Geldsystem errichten, das vor der Entwertung geschützt sein sollte. Papiermark für die Festbesoldeten, Wertmark für die Valutakreditoren ist der Leitsatz des Reformplanes.

Hilferding verhieß Einschränkung der Inflation. Was davon in Erfüllung ging, besagt die Notierung der ausländischen Devisen in den letzten Tagen. Das Kabinett Cuno hatte den Dollar auf Höhe von einigen Millionen übergeben. Heute notieren die fremden Zahlungsmittel den hundertfachen Betrag jener Zeit. Der Finanzminister glaubte oder behauptete, wie so mancher seiner Kollegen, mit markttechnischen Eingriffen dies letzterdings doch auch machtpolitische Problem lösen zu können. Er hat seine Vollzuteilungen, auf welche die Spekulation ausgerechnet an einem jüdischen Feiertag festgelegt wurde, nach kurzer Zeit aufgegeben und zur alten Zuteilungstechnik gegriffen.

Devisenerfassung und Goldanleihe sollten weitere Mittel sein, dem mit einem vieltausendfachen Billionendefizit belasteten Staatshaushalt eine Sanierungsspanne von einigen Monaten zu verschaffen.

Aber Herrn Fellingers Mission beschränkt sich bis heute auf Kaffeehausrazzien, und das einzige „positive" Mittel des Kapitulationskabinetts blieb, von den Propagandasprüchen der ministeriellen Redekünstler abgesehen: die Notenpresse. Aber das soll ja alles jetzt anders werden.

Der Ruhrkampf ist zu Ende. Die davon erwarteten Wirkungen sind ausgeblieben. Die neue Steuerpolitik hat begonnen. Die davon erwarteten Wirkungen werden nicht ausbleiben. Politische Kräfte stehen sprungbereit: Das Problem Deutschland war auch von dem Kapitulationskabinett nicht wirtschaftspolitisch zu lösen, ja es war nicht beabsichtigt, dasselbe so zu lösen. Aber als Mittel zum Zweck blieb das Pfändersystem gut genug.

Die von Hilferding verheißene Steuerreform zeigt sich auf Grund des Ermächtigungsgesetzes in Aufwertungsbestimmungen, die den Steuerdienst von Grund auf revidieren sollen. Nur einen dunklen Punkt weist das Aufwertungsgesetz auf: die Durchführungsmöglichkeit. Solange die Steuerzahler, und zwar die große Masse der Steuerzahler, Papiermarkempfänger sind und bleiben (und sie sollen es ja bleiben), wird das Aufwertungsgesetz nicht die Rentenmarkempfänger, sondern die Papiermarkempfänger treffen.

Die von Hilferding verheißene Währungsreform ist in der ursprünglichen Anlage formal, aber nicht inhaltlich geändert worden. Papiermark für die Festbesoldeten, Rentenmark für Großindustrie und Großhandel.

Die von Hilferding verheißene Inflationsbeschränkung soll durch Einstellung der Schatzwechseldiskontierung erzielt werden. Damit müßte unter Voraussetzung der Rentenmarkkredite der Inflationismus auf diese übergehen oder die Neuausgaben von Papiermark fortgesetzt werden. Aber die valutarischen Herrschaften werden sich als „Schöpfer der Rentenmark" gegen eine sofortige Infizierung des neuen Wertgeldes mit dem Inflationsbazillus bestens bedanken. Im übrigen können sie beruhigt sein. Es handelt sich „mit einem Wort nur um eine Zwischenlösung, die nach Absicht der Regierung zu dem eigentlichen Ziel, der Goldwährung, hinleiten soll".

Bis dahin hat es noch gute Wege. Jetzt ist vor allem der breiten Öffentlichkeit ein Brocken hingeworfen, an deren Verdauung sich die bedenklichsten Krankheitserscheinungen zeigen werden. Papiermark bleibend und freibleibend, Rentenmark gleichfalls freibleibend und unverbindlich: So und nicht anders ist die Lage.

So wird sie bleiben, bis das letzte Stück deutschen Volksvermögens verpfändet und verschachert ist. Außer es wird den Herrschaften eines schönen Tages ein Strich durch die Rechnung gemacht.

Die teilweise Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika

Berlin, 20. Okt. Von zuständiger Seite erfahren wir: Nachdem vor einiger Zeit das amerikanische Gesetz betr. die Freigabe des in den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Eigentums bis zur Höhe von 10000 Dollars in Kraft getreten ist, entsandte nunmehr auf die persönliche Initiative des Präsidenten Coolidge der amerikanische Treuhändler, Colonel Miller, geleitet von dem Bestreben, freizugebende Vermögen von rechtmäßigem deutschen Eigentum so schnell wie möglich auszuführen, seinen Stellvertretern N. M. Wilson, sowie den Direktor des Treuhänderamtes, Gg. E. William, in besonderer Mission nach Deutschland. Die Herren sind kürzlich in Berlin eingetroffen und im Hotel Kaiserhof (Zimmer 301) zu erreichen. Die Absicht der Herren ist, den deutschen Interessenten, die gemäß der Winslowbill nachweislich Anspruch auf Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums haben, oder deren Vertretern, Gelegenheit zu geben, sich Rat zu holen, wie ihre Ansprüche am zweckmäßigsten unterbreitet werden können und ihnen auch Antragsformulare auszuhändigen. Den Interessenten wird empfohlen, persönliche Rücksprache vorher schriftlich oder telephonisch zu vereinbaren.

König Ludwig II. und der Separatismus

Aus „Schorers Familienblatt" (Verlag J. H. Schorer, Berlin), Jahrgang 1885, Nr. 33.

„Glaubt denn die ultramontane Partei," sagte einmal König Ludwig II. von Bayern zu einem angesehenen Manne bei Gelegenheit einer Audienz, „ich könnte und würde es zugeben, daß die Schritte, die zu Deutschlands Einigung geschehen sind, zurückgenommen werden? — Da wissen sie nicht, wie tief mich dieser Gedanke stets bewegte, wenn ich meinen Lieblingsdichter Schiller las. — Alle Macht, allen Einfluß, die mir als konstitutioneller Fürst zustehen, werde ich nur in die Waagschale der Deutschland einigenden Ideen legen. — Mein Streben ist jetzt nur auf friedliche Ziele gerichtet: dem Volke die großartigen Ideenschätze erschließen zu helfen, die seine Denker und Dichter ihm gaben, den niedern Ständen das Ringen nach Bildung und Wohlstand erleichtern, das wären die Ziele, für die ich am liebsten schaffen und wirken möchte. Aber wenn an Deutschlands Toren der Ausländer stände, ich würde nicht bloß mein Heer, Land und Gut dem deutschen Gemeinwesen zur Verfügung stellen, ich würde es auch für Pflicht halten, mich selber als einfacher Soldat dem Oberbefehlshaber der vereinigten deutschen Macht unterzuordnen!" —

Fürst Hohenlohe war der leitende Gedanke der nationalen Politik des Königs, und auch die Tat des königlichen Gedankens selbst. Doch leider fehlten auch hier die Feinde nicht, sie begannen sich zu regen. Es ward bekanntlich auch ein Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen geschlossen, das aber im Hinblick auf Frankreich geheim gehalten, erst ein Jahr später publik wurde. Das Bekanntwerden dieser Tatsache, rief damals bei den politisch Kurzsichtigen, noch mehr aber bei den bekannten politisch Böswilligen in Bayern, welch letztere viel lieber ein Bündnis mit Rom gesehen hätten, starken Widerspruch hervor, namentlich opponierte die ultramontane Mehrheit der bayerischen Kammer so heftig und unausgesetzt gegen das durch den Willen des Königs eingesetzte Ministerium Hohenlohe, bis der König endlich den nun bestimmt verlangten Rücktritt Hohenlohes, welcher dieser ewigen Nörgeleien müde ward, genehmigte. Aber die Opposition hatte dabei gar nichts gewonnen; der König wechselte nur die Person, aber nicht das System und das Prinzip, indem er den ebenso gesinnungstüchtigen Graf Hegnenberg-Dux berief, welcher in Übereinstimmung mit seinem wahrhaft deutschgesinnten Herrn und König, den einmal betretenen Weg festhielt, welcher zum Wohle des engeren und weiteren Vaterlandes eingeschlagen war.

Als der Krieg 1870/71 ausbrach, hatte Napoleon, der schlaue Fuchs, liebäugelnd nach Bayern geschielt. Aber der alte Schlaukopf hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht; denn Ludwig II. von Bayern sprach kurz und bündig aus: „Treu dem Allianz-Vertrag, für welchen ich mein königliches Wort verpfändet habe, werde ich mit meinem Bundesgenossen für die Ehre Deutschlands und damit für die Ehre Bayerns einstehen, sobald es die Pflicht gebietet!" —

Über die Köpfe der widerstreitenden Römlinge seines Landes hinweg, welche in der bayerischen Kammer in der Majorität tagten und sich daselbst über die ihrerseits beabsichtigte Nichtgewährung der geforderten Kriegsgelderbewilligung erhitzten, hatte der König (schon am 16. Juli 1870, also am Tage nach der Abreise König Wilhelms von Ems nach Berlin) den Befehl zur schleunigen Mobilisierung der Armee erlassen. Wie es damals in der bayerischen Kammer aussah, möge nachfolgende selbst mitangehörte Szene zeigen, welche ich, bei diesem Charakterbild, das ich von König Ludwig II. geben will, um so weniger verschweigen darf, als es hier zu zeigen gilt, mit welchen Elementen dieser deutscheste der Monarchen zu kämpfen hatte.

Der Pfarrer Dr. Westermayer hatte eben in der Debatte über die vom Kriegsminister geforderten Gelder das Wort ergriffen und sagte gleich am Eingang seiner Rede„ nach all den begeisterten Worten, die vor ihm auf seite der liberalen Minderheit gesprochen worden waren, und die einen Toten zum warmen Leben hätten erwecken können, daß ihn dies ganz kalt lasse und daß er kein Herz habe. Als er aber mit Anspielung jenes mörderischen Attentats, das eben Frankreich an unserem deutschen Bruderstamme Preußen verüben will, ausrief: „Was kümmert es mich, wenn ein Räuber in das Haus meines Nachbars einbricht und diesen umbringt oder durchprügelt, da schau ich ruhig zu", da rief der sonst so gelassene edle Freiherr von Stauffenberg dem so „christlichen" Herrn Pfarrer ein so wütendes und gellendes „Pfui" entgegen, daß nun sofort, nicht nur alle nationalen Abgeordneten, sondern auch das gesamte dichtgedrängte Publikum auf der Galerie in ein donnerndes „Pfui" ausbrach; es war ein unbeschreiblicher Tumult. Nachdem die Ruhe wieder hergestellt war, fragte ihn der 1. Präsident, Dr. Weis, was er gesagt habe, Dr. Westermayer möge die Worte genau wiederholen. Nachdem dieser es getan, erklärte der ultramontane 1. Präsident, Dr. Weis, daß er nicht begreifen könne, wie man demselben ein Pfui zurufen kann. Herr v. Stauffenberg erklärte hierauf, daß er ihm deshalb ein solches Pfui zugerufen habe, da es ihn auf das tiefste empört habe, einen solchen gar nicht mehr zu bezeichnenden Egoismus an einem Mitglied der bayerischen Kammer wahrzunehmen, heute, wo der Feind vielleicht unser Vaterland schon betreten hat; daß man ihm seine große Erregtheit nicht verdenken kann, denn er habe heute in dieser Kammersitzung solche empörende Dinge mit anhören müssen, die — Stauffenberg konnte hier vor Ergriffenheit nicht mehr reden und warf sich ganz erschöpft auf seinen Stuhl, mit beiden Händen sein Gesicht bedeckend, damit man seine Tränen nicht sehe, die ihm der tiefste Schmerz über die Existenz solcher Leute in der bayerischen Kammer erpreßt hat. Endlich nach langen Wortgefechten, seit 4 Uhr nachmittags, nachdem noch der bis dahin mit der ultramontanen Mehrheit gegangene Dr. Sepp eine überwältigende deutschpatriotische Rede gehalten, kam es nachts 10 Uhr zur Abstimmung über den außerordentlichen Geldbedarf, welchen der Kriegsminister verlangte. Als nun der Ausschußantrag, das Geld zu bewilligen, bloß zur bewaffneten Neutralität von der Kammer abgelehnt war, drang der donnernde Jubelschrei der Tausende von Menschen, welche in der Straße vor dem Landtagsgebäude sich versammelt hatten, in den Saal.

Nach dem Schluß der Kammersitzung wurden die liberalen Abgeordneten beim Heraustreten auf die Straße mit brausenden „Hochs" begrüßt, die Ultramontanen aber, welche ein so undeutsches Votum abgegeben hatten, mit donnernden „Pereats" empfangen. Hierauf setzte sich die ganze großartig angewachsene Volksmenge, es war nachts halb 11 Uhr, nach der Residenz in Bewegung, brachte dem König ein dreimaliges „Hoch" aus und sang das „deutsche Vaterland". Der König, welcher noch arbeitete, öffnete das Fenster und dankte, worauf abermals tausendstimmige „Hochs" ertönten.

Freiwilliger Tod bei Naturvölkern. Da manche Naturvölker am Aussterben sind, hat man den Gründen nachgeforscht und hat dabei manche beachtenswerte Beobachtung gemacht. So kommt es häufig vor, daß Eingeborene freiwillig sterben, aber ohne Selbstmord zu begehen, bloß weil sie keine Lust mehr am Leben haben. Hierüber hat der jüngst verstorbene Anthropologe und Psychologe W. H. Rivers in einem seiner Werke folgendes ausgeführt: „Auf den ersten Blick mag die Annahme übertrieben erscheinen, daß ein Faktor, wie der Verlust des Interesses am Leben, jemals zum Aussterben eines Volkes führen könnte, aber meine Beobachtungen brachten mich zu der Folgerung, daß dieser Einfluß so groß ist, daß er kaum überschätzt werden kann... Man hört oft davon sprechen, wie leicht die Eingeborenen sterben. Immer wieder wird erzählt, daß ein Eingeborener, der gesund und wohlauf zu sein scheint, nach einem Tag oder zwei Tagen augenscheinlich leichter Erkrankung seinen Geist aufgab, ohne daß Anzeichen wahrnehmbar geworden wären, die bei uns gewöhnlich das Nahen des Todes anzeigen. Ein kranker Eingeborener verliert den Mut sofort, er hat keinen Wunsch zu leben und bekundet vielleicht, daß er nun sterben werde, ohne daß der Beobachter einen Anlaß dazu merken kann. Die Sache wird leichter verständlich, wenn man erwägt, mit welcher Leichtigkeit die Leute durch Zauberei oder infolge Verstoßes gegen religiöse oder gesellschaftliche Verbote (Tabus) sterben. Es ist erdrückendes Beweismaterial dafür vorhanden, daß Menschen, wie die Melanesier, infolge des Glaubens, das Opfer feindlichen Zaubers zu sein oder bewußt oder unbewußt gegen ein religiöses Verbot verstoßen zu haben, erkranken oder im Verlauf weniger Stunden oder Tage sterben." Eine starke Lebenskraft haben überall da die Naturvölker bewahrt, wohin noch kein Europäer gedrungen ist.

Es war einmal! In den mittelalterlichen Zünften war der unredlichen Konkurrenz zwischen den einzelnen Meistern derselben Zunft durch strenge Vorschriften vorgebeugt. War ein Gerber im Begriff, Häute zu kaufen, so war es dem etwa hinzukommenden Zunftgenossen verboten, mehr zu bieten; er mußte ihm vielmehr behilflich sein, die Ware um einen anständigen Preis zu erhalten. Ebenso durfte der Metzger nicht zu seinem Vorteil in den Handel eines Genossen eingreifen und mehr bieten als dieser. War aber das Schlachtvieh selten, so mußten beide „zum Halben kaufen", d. h. das Stück Vieh teilen, damit der Preis nicht in die Höhe getrieben würde. — Man mute heute einmal einem Metzger oder einem Gerber ein solches Verhalten zu! Das beweist, wie unendlich hoch die mittelalterlichen Menschen mit ihrem Ordnungs- und Gemeinschaftssinn über dem Krämer- und Wuchergeist unserer Tage stehen.

Arbeitslöhne und Lebensmittelpreise. Da jetzt immer wieder das Verhältnis der Arbeitslöhne zu den Lebensmittelpreisen besprochen wird, dürfte es von Interesse sein, festzustellen, wie dieses Verhältnis im Mittelalter war. Im Jahre 1410 erhielt ein Steinmetz zu Luxemburg täglich 5 Groschen, ein Zimmermann mit einem Gesellen 8, ein Holzschneider 6, ein Steinbrecher 5, ein Tagelöhner 3 Groschen. Dagegen kostete ein Malter Erbsen 15 Groschen, Roggen 12, ein Ochse 80, ein Hammel 9 Groschen. Der Steinmetz verdiente demnach in drei Tagen genügend Geld für ein Malter Erbsen, in 2½ Tagen für ein Malter Roggen, in nicht ganz zwei Tagen für einen Hammel. Sein Lohn von 16 Tagen stellte den Preis eines Ochsen dar. So reichte im allgemeinen schon der halbe Tagelohn eines Handwerkers zur Beschaffung voller Nahrung, einschließlich des Fleisches und Weines aus. Der Handwerker konnte denn auch sehr leicht sparen und sich ein Haus erwerben. Der verhältnismäßig hohe Arbeitslohn war eine Folge der Organisierung der Zünfte. Im Vergleich dazu waren die landwirtschaftlichen Erzeugnisse billig, weil bei den mangelnden Verkehrsmitteln der Bauer gezwungen war, seine Waren in der Nähe abzusetzen. Heute ist das natürlich nicht mehr der Fall, und seit dem Weltkriege laufen Arbeitslöhne und Lebensmittelpreise einfach um die Wette.

Buchbesprechung

Kosmische Dynamik, von Dr. Ing. A. Renning, München. Grundpreis 3 M. Mit Unterstützung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft ist kürzlich bei Joh's. Albert Mahr, Verlag, München, Karlsplatz 24, ein kleines Buch erschienen, das die modernen Naturforschungsergebnisse und die sich daraus ergebenden Probleme in einer völlig neuartigen Weise behandelt. Ausgehend von hydrodynamischen und wirbeltheoretischen Überlegungen und festhaltend an der Theorie von der Äthereristenz kommt der Verfasser in klarer Entwicklung zu einer von der Einsteinschen Grundanschauung völlig abweichenden Erklärung des bekannten Michelson-Morley-Versuchsergebnisses, der Erscheinungen der Elektrizität und des Lichtes. Gegenseitige Körperanziehung (und Abstoßung), Attraktion der Himmelskörper ist nur scheinbar und in Wirklichkeit das Ergebnis von Bewegungen der Körper und ihrer Umgebung. In dem den „Mikrokosmos" behandelnden Teil erklärt der Verfasser durch Vergleich der Balmerformel mit den Gleichungen eines schwanken, rasch rotierenden Systems das Wesen des Wasserstoffs als System rotierender Wirbelringe, die „Feinstruktur" und „Intensitäten" des Wasserstoffspektrums und den Zeemaneffekt als besondere Schwingungsäußerungen dieses Systems und kommt somit zu Ergebnissen, welche von den Anschauungen der bekannten Bohrschen Atomtheorie und ihren „Modellen" völlig abweichen. Das „Plancksche Wirkungsquantum" ist der Energieausdruck der periodischen Bewegung eines Elektrons. Auf vergleichendem Wege deckte der Verfasser das Wesen der „Atomkerne" als kleinste Systeme rotierender Elektronenwirbel auf und kommt endlich zu Erklärungen der Abweichung vieler Atomgewichte von der Ganzzahligkeit, der Aggregatzustände und der sonstigen Eigenschaften von Stoffen. — Der zweite Teil „Makrokosmos" handelt von der Entstehung des Sonnensystems und seinen Analogien mit dem Wasserstoffsystem, der Erhaltung der Sonnenenergie, dem Erdmagnetismus und der Gravitation. Das Ergebnis der Entwicklungen ist eine einheitliche Weltanschauung. Ein dynamisches Grundgesetz beherrscht den bis ins kleinste geordneten Kosmos, dessen kleine Systeme den großen ähnlich sind und wie diese und der Äther nur aus der Stoffeinheit der Elektronen bestehen. Die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft hat das Verdienst, allen Zeitnöten zum Trotz die Drucklegung gefördert zu haben.

Münchener Beobachter

Jubiläumstage des Deutschen Museums

Im Rahmen des Programms für die Jahresversammlung 1923 wurde am Samstag im neuen Rathaus die 13. Sitzung des Vorstandsrates abgehalten, an die sich ein Begrüßungsabend im alten Rathaussaal durch die Stadt München anschloß. Zur Ausschußsitzung in der Aula der Universität am Sonntagvormittag hatte sich Kronprinz Rupprecht und der Generalstaatskommissar Dr. von Kahr eingefunden. Nach Eröffnung der Versammlung durch den 1. Vorsitzenden, Wirklichen Geheimen Rat Professor Dr. A. von Harnack, begrüßte als Hausherr der Universität der Rektor Geheimer Hofrat Dr. von Kraus den glänzenden Kreis, indem er die engen Beziehungen zwischen Universität und Deutschem Museum hervorhob und versicherte, daß die Schöpfung des Deutschen Museums jeden Deutschen mit Stolz erfüllen müsse.

Aus dem von Exzellenz Dr. v. Harnack erstatteten Bericht der Verwaltung, der zwei Jahre umfaßt, ging hervor, daß eine unendliche Summe mühevoller Arbeit geleistet werden mußte, um das Deutsche Museum aufrechtzuerhalten und weiterzuführen. Der Präsident dankte allen, die sich um die Förderung des Deutschen Museums verdient gemacht haben. Der Präsident gedachte dann des Ablebens des Schirmherrn des Museums, König Ludwigs III., der von der Gründung an allen Arbeiten regstes Interesse und tiefstes Verständnis entgegenbrachte.

Der Vorstandsrat hat beschlossen, als drittes Ehrenmitglied Dr. Krupp von Bohlen-Halbach zu ernennen, der zu den tatkräftigsten Förderern des Deutschen Museums zählt. Für den im Gefängnis zu Düsseldorf schmachtenden Herrn Krupp wurde aus der Versammlung heraus für die ehrende Ernennung gedankt. Zum Gedächtnis des Opfers, das Herr von Krupp auf sich genommen hat, hat der Reichswirtschaftsrat auf Vorschlag von Geheimrat Köhler eine Kruppspende zugunsten der Naturwissenschaften in Höhe von 50 000 Dollar beschlossen.

In der Fortsetzung des Verwaltungsberichtes hob der Vorsitzende hervor, daß die Zahl der Besucher 250 000 betrug, gegen 300 000 vor dem Kriege, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Abteilung II geschlossen wurde. Die Besucher stammten aus allen Teilen der Welt. Außerdem haben 1367 Korporationen mit 43 000 Teilnehmern die Sammlungen besichtigt. Die Abendführungen und Fortbildungskurse hatten gleichfalls erfreulichen Zuspruch.

Über die Abrechnung und den Stand des Museumsbaues berichtete Dr. Oskar von Miller. Die Verhältnisse, die es anfangs zweifelhaft erscheinen ließen, ob nicht auch dieses Kulturwerk unmöglich geworden sei, haben sich besser herausgestellt als man annahm. Die letzten Monate waren aber noch schlimmer als die schweren Zeiten des Krieges und der Revolution. Glücklicherweise hat die Industrie alle Materialien, die notwendig waren, kostenlos zur Verfügung gestellt und auch umsonst eine große Anzahl von Einrichtungsarbeiten geleistet.

Nach Genehmigung der Abrechnung durch die Versammlung machte Herr von Miller Mitteilungen über die bemerkenswertesten Zugänge an Stiftungen, darunter eine elektrische Orgel von Steinmeyer, eine vollständige Mühle, meteorologische Apparate für den Turm, die Planetarien, deren Bau fünf Jahre beinspruchte, und kam dann auf die Bibliothek zu sprechen, die 90 000 Bände zählt und 400 Zeitschriften und die einstweilen in der Alten Isarkaserne untergebracht werden mußte. Die Rohbauten sind vollständig fertig, auch der Ausbau ist fast ganz durchgeführt. Nur wenig fehlt an der Inneneinrichtung und der Aufstellung der Sammlungen. Die Führungslinie durch das Museum ist 16 Kilometer lang. Es fehlen noch eine Million Golmrak, gleich 7 Prozent der Gesamtbaukosten, die sicher aufgebracht werden. Unter lautem Beifall und Händeklatschen genehmigte die Versammlung den Beschluß, das Museum im Frühjahr 1915 für die Allgemeinheit zu eröffnen.

Generalstaatskommissar Dr. von Kahr gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß das Museum dank dem Wirken Oskar von Millers der Vollendung entgegengeht. Man nennt das Deutsche Museum gerne ein Werk des Friedens. Und doch ist es aus harten, heißen Kämpfen geboren. So ist das Deutsche Museum ein Ausschnitt aus dem großen Kampfe des Lebenns in den hinein Gott die Menschen und Völker gestellt hat, damit sie tapfer und unverzagt, treu und ehrlich diesen Kampf kämpfen bis zum siegreichen Ende. Uns, dem deutschen Volke, sei dieses Museum Lehrmeister der Wahrheit, daß Tapferkeit Not und Schicksal überwindet.

Wenn wir schon den Mut haben, die Eröffnung des Deutschen Museums auf das Frühjahr 1925 zu verlegen, dann möchte ich vorschlagen, in altem Vertrauen und in felsenfester Zuversicht auf die Zukunft, den Wiederaufstieg und die Wiedergesundung unseres deutschen Volkes noch einen Schritt weiter zu gehen und den Tag der Eröffnung heute schon zu beschließen. Ich schlage 7. Mai 1925 vor, den Tag, an dem Oskar von Miller, wie wir alle hoffen, in voller Gesundheit und mit der bisherigen Kraft und Frische seinen 70. Geburtstag feiert. Möge dieser Tag allen, die ihn erleben, ein Fest sein, ein Geburtsfest nicht nur des Deutschen Museums und seines großen Stifters, sondern ein Tag, an dem wir den Anfang schauender Wiedergesundung unseres dann einigen großen und wieder zu Ansehen gelangten deutschen Volkes und Vaterlandes!

Der Vorschlag Dr. v. Kahrs wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Mit Dankesworten schloß Exzellens Harnack die Sitzung. [illegible] Uhr abends fand in der großen Halle des Neubaues eine Weihefeier statt, über deren Verlauf wir noch berichten werden.

*

Schon wieder ein neuer Milchpreis. Auf Grund der Vereinbarungen des paritätischen Ausschusses zur Festsetzung der Frischmilchpreise im schwäbisch-oberbayerischen Milchgebiet, errechnet sich auf der Grundlage der Butter- und Käsenotierungen vom 20. Oktober, ein Werkmilchpreis von 160 Millionen und ein Frischmilchpreis (frei Molkerei oder örtlicher Sammelstelle) von 174,5 Millionen. Der Preis tritt ab Dienstag, den 23. Oktober, in Kraft und gilt bis Freitag, den 26. Oktober, einschließlich. Der Kleinverkaufspreis wird noch bekanntgegeben.

Wertbeständige Bierpreise. Die Landespreisstelle teilt mit:

Die sich überstürzende Entwertung der Mark macht in immer kürzeren Zeiträumen eine Anpassung der Bierpreise an die Gestehungskosten erforderlich. Es erscheint daher zweckmäßig, ab 22. Oktober 1923 einen Biergrundpreis festzulegen, welcher höchstens zweimal in der Woche mit einer nach Maßgabe der Veränderungen der Malz-, Hopfen- und Kohlenpreise sowie der Löhne errechneten Schlüsselzahl vervielfältigt wird. Diese Schlüsselzahl wird nach Genehmigung durch die Landespreisstelle jeweils vom Bayerischen Brauerbund bekanntgegeben.

Die festgelegten Biergrundpreise sind folgende:

	Ganterpreis f. d. Hl.	Ausschankpreis p. Liter
Vollbier, dunkel	20 M.	0,28 M.
Vollbier, hell	21 M.	0,29 M.
Export, dunkel	26 M.	0,36 M.
Export, hell	28 M.	0,39 M.
Märzenbier	30 M.	0,43 M.

Die Suche nach der verschollenen kleinen Winter. Die seit Mittwoch nachmittag vermißte 12 Jahre alte Schlosserstochter Klara Winter, die von einem noch Unbekannten von der Winzerer Wiese, wo sie mit anderen spielte, verschleppt wurde, ist noch nicht gefunden, so daß ein Verbrechen sicher ist. Am Samstag nachmittag wurde von Kriminalbeamten mit einem Polizeihund das ganze Gelände des Oberwiesenfeldes abgesucht, da man annahm, daß der Unbekannte dort in kleinen Gehölzen, Gruben oder Unterständen das Mädchen ermordet und verscharrt habe. Die Suche verlief ergebnislos. Man nimmt an, daß der Verführer das Kind in eine Wohnung verschleppt hat, gleich dem Lustmörder Speckner. Alle Wohnungsinhaber werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der Polizeidirektion mitzuteilen, wenn sie einen 40 Jahre alten Mann mit schwarzem Spitzbart am Mittwoch nachmittag oder gegen Abend mit einem 12 Jahre alten blonden Mädchen, das dunklen Rock, und blaues Jackett trug, gehen sahen. In der Umgebung des Oberwiesenfeldes wurden in Läden und Wirtschaften Zettel über das Verschwinden des Mädchens verteilt. Mitteilung ist zu richten an den 7. Kriminalbezirk.

Der Sohn den Vater erschlagen. Ein Bild tiefsten Familienelendes, sittlicher Verrohung der Jugend und Verkommenheit entrollte sich am Sonntag vormittag in einer Wohnung im Anwesen Rosenheimer Straße 175/3. Dort wohnte der 47 Jahre alte Mechaniker Max Murr mit seiner Frau und 4 Kindern. Streit war in der Familie an der Tagesordnung, der Mann war gegen Frau und Kindern roh. Schon am Samstag abend entstand zwischen dem Mann und seiner Familie wüster Streit, so daß die Frau aus Angst vor Mißhandlung bei fremden Leuten schlief. Der Mann stritt mit den Kindern, darunter einem 19jährigen Sohn, einem Schneider, die ganze Nacht fort, auch am Sonntag Morgen. Dieser ewige Stret wurde dem erwachsenen Sohne zu bunt, und er beschloß, der Sache ein Ende zu machen. Als der Vater gar nicht zu streiten aufhörte, griff der Sohn zum Holzbeil und versetzte seinem am Tische zeitunglesenden Vater zwei wuchtige Hiebe mit der scharfen Beilseite. Beim zweiten Hieb blieb das Beil stecken. Der Tod war eingetreten. Nachbarsleute liefen auf den Lärm hin herbei, alarmierten Polizei, die den jungen Murr in der Wohnung festnahmen. Er gestand ruhig die Tat zu.

Geldstrafen schleunig einzahlen! Am 20. Oktober 1923 ist ein neues Gesetz über Vermögensstrafen und Bußen in Kraft getreten. Die Mindestsätze der Geldstrafen und die Höchstsätze sind erheblich erhöht worden. Die erhöhten Strafsätze gelten auch für Taten, die vor dem 20. Oktober 1923 begangenen, aber noch nicht abgeurteilt sind. In dem Gesetz ist weiter die Aufwertung der Geldstrafen bei Veränderung des Goldwertes zwischen der Verurteilung und dem Tage der Zahlung angeordnet; diese Aufwertung erfolgt unter Berücksichtigung der jeweils veröffentlichten Reichsindexzahlen für die Lebenshaltungskosten. Die von Bestraften beliebte Übung, durch Einlegung von unbegründeten Rechtsmitteln und durch Zahlungssaumseligkeit die fortschreitende Geldentwertung auszunützen und damit die erkannte Strafe erträglicher zu machen, ist jetzt schädlich, mindestens nutzlos. Vor dem 20. Oktober 1923 rechtskräftig erkannte Geldstrafen werden erst aufgewertet, wenn sie nicht binnen zwei Wochen nach dem 20. Oktober 1923 bezahlt sind. Wer sich vor Schaden bewahren will, zahle Geldstrafen ungesäumt ein.

Neufestsetzung des Wertes der Sachbezüge. Das städt. Versicherungsamt München hat neuerdings mit Wirkung vom 15. Oktober ab für das Gebiet der Arbeiter- und Angestelltenversicherung den Wert der Sachbezüge im Bereich des Stadtrats München wie folgt festgesetzt: a) **Bei voller Verpflegung und Wohnung einschl. Beheizung und Beleuchtung:** Für männliche Versicherte ein Betrag von 100 000 000 M. täglich, für weibliche Versicherte ein Betrag von 90 000 000 M. täglich. b) **Bei teilweiser Gewährung der Sachbezüge:**

	männl. Versicherte	weibl. Versicherte
Erstes Frühstück	7 Mill. M.	6 Mill. M.
Zweites Frühstück	10 Mill. M.	9 Mill. M.
Mittagessen (o. Getr.)	40 Mill. M.	36 Mill. M.
Vesperbrot	12 Mill. M.	10 Mill. M.
Abendbrot (o. Getr.)	25 Mill. M.	23 Mill. M.
Wohnung, Beheizung u. Beleuchtung	6 Mill. M.	6 Mill. M.

Für sonstige Sachbezüge (Bier, Milch usw.) gilt der jeweilige Kleinhandelspreis als Wert des Sachbezugs. Für die Berechnung der Beiträge zur Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung gelten ausschließlich die vorgenannten vom Versicherungsamt festgesetzten Sachbezugswerte, für den Steuerabzug jedoch nur die von den Finanzämtern getroffenen Festsetzungen; die hier ab 16. Oktober 1923 gültigen Festsetzungen sind in Nr. 238 des „Staatsanzeigers" vom 18. Oktober 1923 veröffentlicht. Für weibliche Arbeitnehmer, die in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen sind, gilt folgendes:

1. In der Invalidenversicherung sind ab 15. Oktober 1923 (1. Entwertungstag: 21. Oktober 1923) zu entrichten:

a) bis zu einem Barlohn von 300 Mill. M. monatlich: Beiträge der Klasse 42 mit . 10 600 000 M. wöchentl.
b) bei eiem Barlohn von 300 Mill. M. bis 1 Milliarde 300 Mill. M. monatlich: Beiträge der Klasse 43 mit 14 800 000 M. wöchentl.
c) bei einem Barlohn von 1 Milliarde 300 Mill. M. bis 2 Milliarden 300 Mill. M. monatlich: Beiträge der Klasse 44 mit . . . . . . 19 000 000 M. wöchentl.

2. In der Angestelltenversicherung sind unter Änderung der bereits bekanntgegebenen Sätze im Monat Oktober zu entrichten:

a) bei einem Barlohn bis zu 210 Mill. M. monatlich: Beiträge der Klasse 41 mit . 65 000 000 M. monatl.
b) bei einem Barlohn von 210 Mill. M. bis zu 1 Milliarde 210 Mill. M. monatlich: Beiträge der Klasse 42 mit . . . . 98 000 000 M. monatl.
c) bei einem Barlohn von 1 Miarde 210 Mill. M. bis zu 2 Milliarden 210 Mill. M. monatlich: Beiträge der Klasse 43 mit . . . . . 130 000 000 M. monatl.

Die Gebühren in den städt. Bade- und Bedürfnisanstalten erhöhen sich ab 20. Oktober um das zwei- bis dreifache.

*

Aushebung einer Kommunistengesellschaft
Der geplante Generalstreik

Der Polizeidirektion München war bekanntgeworden, daß im Laufe des vergangenen Samstag an einer zunächst nicht bekannten Stelle Münchens eine kommunistische Versammlung zur Vorbereitung eines Generalstreiks stattfinden sollte. Aus bereits vorgelegenem Material war für die Polizei kein Zweifel, daß es sich in der Versammlung um die Vorbereitung einer gewaltsamen Gegenaktion innerhalb Bayerns handle, falls ein Vorgehen gegen die rote Herrschaft in Sachsen und Thüringen stattfinden würde. Der Polizei gelang es, den Versammlungsort ausfindig zu machen, die im Sendlinger Oberfeld gelegene „Villa Flora", und die Versammelten, unter denen sich auch Führer der kommunistischen Eisenbahnerbewegung befanden, trotz der von dieser Seite getroffenen umfassenden Vorsichtsmaßregeln auszuheben. Es wurden insgesamt 32 Personen festgenommen, zahlreiches gravierendes Tatsachenmaterial, das zur Zeit einer eingehenden Sichtung unterliegt, vorgefunden. U. a. wurden in den Taschen eines Festgenommenen erkledliche Mengen von Pikrinsäuresprengstoff vorgefunden. Ein großer Teil der Vorgeführten, die heute und in den kommenden Tagen der polizeilichen Einvernehmung harren, werden dem Gerichte zur Lösung der Haftfrage überstellt.

Die Gaststätte „Villa Flora" liegt auf einem Felde zwischen Westend- und Planeggerstraße, inmitten eines abgeschlossenen Parkes, südlich dicht am Bahndamm. Einige zur Hilfeleistung gerufene Hundertschaften der Landespolizei umstellten die Gaststätte in weitem Bogen. Man fand in den Räumen belastendes Schriftenmaterial, das in Lastautos zur Polizei gebracht wurde. Die Säuberungsaktion dauerte bis in die Vormittagsstunden des Sonntags.

Bayern

Wer befiehlt in Bayern?

Das Reichsverkehrsministerium in Berlin hat der Zweigstelle Bayern und allen Eisenbahndirektionen je gesondert durch Telegrammbrief das Verbot des „Völkischen Beobachter" für das ganze Reich bekanntgegeben.

In Verfolg dieser Mitteilung gibt nun die Eisenbahndirektion Augsburg an alle Inspektionen den Telegrammbrief weiter mit dem ausdrücklichen Zusatz „die Bahnhofsbuchhandlungen sind zu verständigen", d. h. das Feilhalten des „Völkischen Beobachter" ist zu verbieten.

Dr. v. Kahr hat aber den „Völkischen Beobachter" für Bayern freigegeben. Die Reichsbeamten in Bayern sind bekanntlich Dr. v. Kahr unterstellt.

Wie kann sich also ein bayerischer Reichsbeamter unterstehen, die im Gegensatz zu der Verordnung Dr. v. Kahrs stehenden Berliner Mitteilung dazu zu benützen, um das Feilhalten des „Völkischen Beobachter" in den Bahnohfsbuchhandlungen zu verbieten?

Wir erwarten bestimmt, daß nunmehr der Generalstaatskommissar den Staatsbeamtenkörper in Bayern von allen Juden und Jüdlingen gründlich reinigt.

Jüdische Hetze gegen das Hakenkreuz

Bamberg, 20. Okt.

In der letzten Vollsitzung des Stadtrates richtete der erste Vorstand der hiesigen israelitischen Kultusgemeinde, Geheimrat Dr. Werner, anläßlich des Deutschen Tages, eine Anfrage folgenden Inhalts an den Stadtrat:

„Billigt es der Stadtrat und will er es auch fernerhin dulden, daß in den Straßen der Stadt aufreizende antisemitische Lieder gesungen werden, durch die zu Gewalttätigkeiten gegen die jüdischen Einwohner aufgefordert wird und diese in beschämender Weise verhöhnt und beleidigt werden?"

Aus dem Geschwätz, das der „Geheimrat" — trotz alles zur Schau getragenen Republikanertums, legen diese Herrschaften doch nicht die ihnen seinerzeit von den Monarchen verliehenen Titel ab — daran hängte, ging hervor, daß es vor allem die Hakenkreuzfahnen waren, die auf ihn aufreizend wirkten, obschon diese bekanntlich nicht singen können. Dazu kam wieder der Schwindel von der großen Zahl gefallener jüdischer Kriegsteilnehmer und schließlich die Klage, daß sich die jüdischen Einwohner vogelfrei fühlen.

Der Oberbürgermeister, Geheimrat Wächter, nahm dem Vorredner gegenüber die blaue Polizei in Schutz, worauf sich der Bürgermeister Steitz veranlaßt sah, ebenfalls gegen den Deutschen Tag zu protestieren, gegen das damit verbundene Tragen von Hakenkreuz-Fahnen und das Singen von Kampfliedern. Dabei machte der Stadtrat Kraus den zutreffenden Zwischenruf: Dann darf man auch keine rote Germania spazieren führen!

Der Oberbürgermeister, der entweder an hochgradiger politischer Arterienverkalkung leidet oder sich verpflichtet fühlte, den Mundwalt der Bayerischen Volkspartei zu machen, was wahrscheinlicher ist, entblödete sich in seiner Rede nicht, unser Programm als ein unitaristisches zu bezeichnen, gab also damit uraltes, längst widerlegtes Agitationsgewäsch der Volksparteiler zum Besten.

Daß die ganze Debatte wie das Hornberger Schießen ausging, versteht sich von selbst. Sie war aber wieder einmal höchst bezeichnend für die jüdische Anmaßung, die uns die Hakenkreuzfahne verbieten möchte, während uns die marxistische Judenschutztruppe überall den Sowjetstern vor die Nase hält. Nicht lange mehr, darauf kann sich Alljudaan verlassen.

Bayer. Rundschau

Starnberg. (Kriegerdenkmals-Einweihung.) Am 28. Oktober l. J. wird die Enthüllungsfeier des Kriegerdenkmals in Starnberg abgehalten. 139 Söhne der Stadt Starnberg haben in dem Weltkriege ihr Leben und Blut geopfert. Unsere Ehrenschuld abzutragen, rüstet sich nun die Einwohnerschaft der Stadt Starnberg, um zu Ehren ihrer Söhne eine zeitgemäße aber würdige Feier bei der Enthüllung des Kriegerdenkmales zu veranstalten, an der Protektor Kronprinz Rupprecht sowie verschiedene Vertreter des Hauses Wittelsbach und viele Ehrengäste teilnehmen werden. Nachmittags am gleichen Tage findet in den historischen „König-Ludwig-Saale" in Starnberg eine bescheidene Feier der Kriegskameraden unter Mitwirkung einer Musikkapelle und der Gesangvereine von Starnberg statt. Dem Vernehmen nach sollen viele Veteranen- und Kriegervereine, u. a. welche in Gebirgstracht, und verschiedene militärische Vereinigungen von München sowie eine große Anzahl von Freunden des Starnberger Sees an diesem Tage nach Starnberg kommen, um in der Mitte von Kriegskameraden zu Ehren von gefallenen Helden eine einfache aber würdige, eine vom Geist der Einheit und Versöhnlichkeit getragene, nationale Feier zu begehen.

Kaufbeuren. (Die Entwertung der Mark) zeigt sich oft durch drastische Fälle. So hat z. B. die Stadt für den Verkauf gebrauchter Zementsäcke so viel an Millionen eingenommen, als sie seinerzeit für 183 Waggon Zement zu bezahlen hatte.

Eichstätt. (Der Letzte einer Zunft.) Hier starb der in ärmlichen Verhältnissen lebende Webermeister Richard Linz auf dem Kagelberg. Der Verstorbene war der letzte Vertreter der früher hier so blühenden und weit über Eichstätts Mauern hinaus berühmten Webekunst.

Neumarkt i. Obpf. (Ein Riesenfeuer), das infolge Selbstentzündung von nassem Stroh entstanden war, legte in Weiding in kurzer Zeit drei Wohnhäuser und sechs Scheunen mit großen Futter- und Getreidevorräten nebst landwirtschaftlichen Maschinen in Asche.

Bamberg. (Goldschürfungen in Oberfranken.) Wie in der jüngsten Aufsichtsratssitzung der Bergbau-A.-G. „Fichtelgold" bei Bayreuth festgestellt wurde, wurden in der Zeit vom Juli bis Ende September d. J. insgesamt 6158,9 Gramm Gold gewonnen, wovon rund 3000 Gramm noch auf den Amalgamplatten liegen. Der Verkauf des übrigen Goldes hat nach Deckung sämtlicher Betriebsunkosten einen Überschuß von rund 2 Billionen Mark ergeben.

Bamberg. (Gegen die wertbeständige Miete.) In einer außerordentlichen Generalversammlung des Allgemeinen Mietervereins Bamburg, die sich mit der Einführung der wertbeständigen Miete befaßte, wurde eine Entschließung gefaßt, die Protest dagegen erhebt, daß der Hausbesitz durch Einführung einer wertbeständigen und nach dem Satze der Friedensmiete aufgewerteten gesetzlichen Miete aus dem Rahmen der Allgemeinheit herausgehoben wird. An das Staatskommissariat wird die Bitte gerichtet, es wolle die vom Ministerium für soziale Fürsorge vorgesehene Neuregelung solange außer Kraft gesetzt werden, bis auch der Staat seine mündelsicheren Staatspapiere, welche der ordentliche Sparer regelmäßig als Kapitalsanlage gewählt hat, aufwertet und damit die überwiegende Mehrzahl der Mieter in die Möglichkeit versetzt, die neue Miete zahlen zu können.

Nürnberg. (Die Zahl der Erwerbslosen) ist wiederum etwas gestiegen. In der Vorwoche vom 8.—13. Oktober standen 5546 (Vorwoche 5006) Personen, darunter 1199 (1099) Frauen, in städtischer Unterstützung. Ausbezahlt wurden 2182 (1498) Milliarden Mark. Die Zahl der aufgenommenen Gesuche belief sich auf 1095 (1024).

Wendelskirchen. (Die Verblödung des Amtsschimmels.) Ein hiesiger Rentenempfänger erhielt am 1. Oktober als Unfallrente — sage und schreibe — ganze 1000 M. (tausend Mark); unglaublich, aber wahr! Die Rentenquittung kostet 100 000 M. — Wenn ein Angestellter in einem Privatbetriebe so etwas täte, flöge er sofort hinaus. Der betreffende Staatsbeamte mußte sich doch, wenn er kein kompletter Trottel ist, sagen, als er die Anweisung vor vier Wochen ausfertigte, daß die Summe gänzlich wertlos sei. Aber er tat seine sogenannte „Pflicht".

Würzburg. (Kartoffelplünderung.) Die unterfränkische Kreisregierung schreibt: Am 17. Oktober plünderte eine große Zahl von Leuten aus Randersacker die Kartoffelfelder des Gutes Gieshügel bei Rottendorf, nachdem zuvor die Gutsarbeiter weggejagt worden waren. Eine Abteilung der grünen Polizei aus Würz- Eine Abteilung der grünen Polizei aus Würzburg griff ein, verhaftete 47 Plünderer und nahm ihnen ihre sehr beträchtliche Beute wieder ab. Gegen solche Plünderungen wird überall scharf und rücksichtslos eingeschritten werden.

Bad Kissingen. (Devisenjagd.) Nach Schluß der Kursaison setzte hier eine wahre Jagd nach Auslandsdevisen ein. Dabei wurden große Mengen Auslandswerte bei — Bediensteten usw. beschlagnahmt. Wie gewaltig wäre erst die Beute während der Kursaison gewesen.

Friedrichshafen. (Schweres Autounglück.) Ein schweres Autounglück ereignete sich auf der Straße von Sipplingen nach Friedrichshafen. Der Weinwirt und Gastwirt Drener und der Sodawasserfabrikant Ley in Tuttlingen wollten nach Mersburg fahren, um dort Wein einzukaufen, wurden aber am anderen Tag früh auf der Landstraße bei der Heimfahrt unter ihrem Auto liegend tot aufgefunden. Die beiden waren furchtbar zugerichtet, während das Auto, das die Böschung hinunterfuhr, schwer beschädigt war. Am Donnerstag nachmittag trafen die Frauen der beiden Verunglückten in Frie- die Frauen der beiden Verunglückten in Friedrichshafen ein, um hier erst das Unglück zu erfahren.

Bregenz. (Besuch des Bundeskanzlers.) Gestern traf mit dem Mittagsschnellzug von Wien kommend der Präsident der österreichischen Republik, Dr. Seipel, in Bregenz ein, stürmisch begrüßt von der begeisterten vielköpfigen Menge, um abends in einer Wählerversammlung zu sprechen. Sein Bild hängt in allen Geschäften.

Dienstesnachrichten

Justiz. Vom Staatsministerium der Justiz wurde mit Wirkung vom 16. Okt. an im Einverständnis mit dem Staatsministerium der Finanzen der Inspektor beim Landgericht Fürth, Viktor Friedrich, zum rechnungsführenden Gerichtsschreiber bestellt und ihm die Rechnungsführung in den Zivil- und Strafsachen übertragen.

Kreisregierungen. Vom 1. Nov. an wird der zur Probedienstleistung als Hilfsschreiber bei der Regierung von Oberfranken in Bayreuth einberufene Militäranwärter Schwerkriegsbeschädigte Christian Reels zum Kanzleigehilfen bei dieser Stelle ernannt.

Katholischer Kultus. Vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus wurden die katholische Pfarrei Untermaxfeld (BA. Neuburg a. D.) dem Priester Joseph Grimm, zur Zeit Pfarrverweser in Untermaxfeld, und die katholische Pfarrei Waldkirchen (BA. Beilngries) dem Priester Georg Schlamp, zur Zeit Wallfahrtskooperator in Habsberg (BA. Parsberg), übertragen.

Bezirksämter. Vom 1. Nov. an wird der Bezirksamtmann Hugo Häusner in Uffenheim auf Ansuchen an das BA. Aschaffenburg versetzt.

Justizdienst. Der Gerichtsassessor im Staatsministerium der Justiz, Joseph Rauß, zum III. Staatsanwalt beim Landgericht München II in etatmäßiger Eigenschaft ernannt. — Vom Staatsministerium der Justiz wurde vom 16. Okt. an im Einverständnis mit dem Staatsministerium der Finanzen der Inspektor beim Amtsgericht München, Joh. Ostermayr, zum rechnungsführenden Gerichtsschreiber bestellt und ihm die Rechnungsführung in den Grundbuchsachen übertragen. Vom 1. Nov. an wird der Oberwachtmeister beim Strafvollstreckungsgefängnis in München, Mich. Hermann, auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner Dienstleistung in den dauernden Ruhestand versetzt. — Vom Staatsministerium der Justiz wurden mit Wirkung vom 1. Nov. an der Kanzleiassistent beim Amtsgericht Kusel, Stephan Schuster, an das Amtsgericht Hilpoltstein, der Maschinist beim Landgerichtsgefängnis in Frankenthal, Jak. Luther, an das Oberlandesgericht Nürnberg in etatmäßiger Weise versetzt; der Versorgungsanwärter Philipp Menges, zur Zeit Aushilfsbote beim Amtsgericht Ludwigshafen a. Rh., zum Gerichtswart in etatmäßiger Eigenschaft ernannt. Im Namen der Regierung des Freistaates Bayern wurde mit Wirkung vom 1. Dez. an der Vollstreckungssekretär beim Amtsgericht Dillingen Friedr. Geuder auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner Dienstleistung und unter Verleihung des Titels und Ranges eines Vollstreckungsobersekretärs in den dauernden Ruhestand versetzt.

Staatsministerium für Soziale Fürsorge. Vom 1. Nov. an wird der Kanzleigehilfe bei der Landesversicherungsanstalt Oberfranken in Bayreuth, Georg Kraupner, zum Kanzleiassistenten befördert.

Katholischer Kultus. Vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus wurde die katholische Pfarrei Buchenberg (BA. Kempten) dem Priester Joh. Bapt. Schmid, zur Zeit in Sibratshofen, übertragen.

Kreisackerbauschulen. Vom 1. Sept. an wurde der ehemalige Gefängniswachtmeister Karl Kremb in Kaiserslautern zum Kanzleiassistenten der Kreisackerbauschule Kaiserslautern in etatmäßiger Eigenschaft ernannt.

Mittelfränkischer Volksschuldienst. Vom 1. Nov. an wurde der Hauptlehrer Georg Rotter in Ohrenbach (BA. Rothenburg o. T.) an die Volksschule in Untermichelbach (BA Dinkelsbühl) berufen.

Arbeitshausdienst. Mit Wirkung vom 1. Okt. an wurde der Hilfsaufseher des Arbeitshauses Rebdorf, Ludwig Stahl, zum Wachtmeister in etatmäßiger Weise ernannt. — Vom 1. Okt. an wurde der im zeitlichen Ruhestand befindliche Wachtmeister Georg Meyer des Arbeitshauses Rebdorf wegen fortdauernder Dienstunfähigkeit in den dauernden Ruhestand versetzt.

Staatsforstverwaltung. Vom 1. Nov. an werden der Forstassistent Leonh. Brandel von Weidensees (Forstamt Pegnitz) auf sein Ansuchen an das Forstamt Taimbach versetzt und der Forstaufseher Bertold Köhler von Fornbach (Forstamt Taimbach) nach Oberfüllbach (Forst- und Domänenamt Koburg) berufen.

Turnen und Sport

Fußball.

Bezirksligaspiele in Bayern. — Zwei überraschende Resultate.

1. F.C. Nürnberg — Bayern 6:0 (3:0)! Eine sensationelle Niederlage der Bayern, die auf einen großen Formrückgang von Ziegler und Hirlander zurückzuführen ist, der auch durch das sonst gute Spiel der übrigen Mannschaft nicht aufgehoben werden konnte. Dazu kam große Unsicherheit Hopperditzels im Münchener Tor.

Spielvereinigung Fürth — Nürnberger Fußballverein 0:0. In der ersten Halbzeit verteiltes Spiel. Nach der Pause zieht sich der alte Stratege Philipp in die Abwehr zurück und vermag dank der Beherrschung dieser Taktik das Spiel für den F.V. zu halten.

M.T.V. Fürth — Schwaben Augsburg 4:0 (1:0). Augsburg hatte große Schwächen, die sich vor Halbzeit nur im Sturm zeigten, aber später auch auf die Verteidigung übergriffen. Besonders Rumpp unter Form. Fürth drängt infolgedessen ganz gewaltig.

Kreisligaspiele.

Teutonia — M.T.V. Ingolstadt 2:0 (1:0). Teutonia führt damit unbestritten mit 4 Punkten Vorsprung.
Rosenheim schlägt Helios auf dessen eigenem Platz 2:1.
Turngemeinde — Armin 2:0.
Neuhausen — Landshut 3:1 sicher gewonnen.

A-Klasse.

Pfeil — Hansa 3:2 (1:1). 2. Mannschaften 4:4. Dachau — Pasing 1:2 (0:1). 2. Mannschaften 5:0. Sendling — Laim 3:0. Sportfreunde — Bajuwaren 5:1. Eintracht — 1880 0:3.

B-Klasse.

Rastlos — Bruck 3:2 (2:2). Oberföhring — Feldkirchen 2:0. Vorwärts — Alemannia 4:0. Stern — Biederstein 2:1 (1:1). Phönix — A.S.C. 4:1.

Auswärtige Resultate: 1. F.C. Pforzheim — 1. F.C. Freiburg 1:1. Hanau 93 — Eintracht Frankfurt 3:2 (!) Helvetia Frankfurt — F.S.V. Frankfurt 0:1.

Handball.

M.T.V. 79 — Armin 8:1 (5:0). Pasing — 1880 II 3:2 (2:1). 1880 I — Turnerbund 7:0 (2:0).

Leichtathletik.

II. Süddeutscher 25-Kilometer-Lauf der B. Turnerschaft. Gunnermann siegte in der Seniorenklasse in 1:39:47 hinter den beiden Junioren Hengl und Stampfl (beide Turnerschaft). Organisation auf der Strecke vorbildlich.

Resultate: Senioren: 1. Gunnermann (Baj.) 1:39:47; 2. Reinhold (Trebbin) 1:40:03; 3. Köhnlein (Ulm) 1:42:56; 4. Emerich (T.) 1:45:14; 5. Gilch (1860) 1:46:20. — Junioren: 1. Hengl (T.) 1:36:45; 2. Stampl (Tschft.) 1:37:56; 3. Trifl (S.C. Sendling) 1:44:14; 4. Drummer (Baj.) 1:44:15; 5. Schlenz (1880) 1:45:50.

Näheres im Abendblatt.

Faustkampf.

Der Faustkampfabend bei 1860 hatte mit 2000 (!) Zuschauern großen Erfolg.

Resultate.

Schwergewicht: Haymann (1860) besiegt Schäfer (B.) nach 3 Runden, da letzterer aufgibt. — **Mittelgewicht:** Bitzkowsky I (Berlin) besiegt Funk (1860) nach Punkten. — **Weltergewicht:** Stein (1860) schlägt Ewald (Berlin) ebenfalls nach Punkten. — **Leichtgewicht:** Noack (Berlin), deutscher Federgewichtsmeister schlägt den bayerischen Meister Weißhäupl (Jahn), der stark ermüdet war, nach Punkten. — **Federgewicht:** Bitzkowsky III (B.) schlägt Seyffert (1860) nach Punkten.

Opfer des Wahnsinns

10 von J. A. Rodionoff.

Schon oft genug hatte er sich Vorwürfe gemacht, daß er allein Moskau verlassen hatte, aber damals in der Eile hatte er gar keine Zeit zum Überlegen gehabt, und die Mama hatte auch solche Angst um ihn ausgestanden, ihn so zur Abreise gedrängt. Wäre er, Jurik, damals noch einige Zeit dageblieben, er hätte die Mama und die Schwestern herausgebracht, ganz gewiß, irgendwie hätte er das schon schlau eingerichtet, aber jetzt . . . Er fühlte, daß seine Hoffnungen schwanden.

Seine Stimmung war sehr niedergeschlagen. Wie ein Stein lag es ihm auf dem Herzen. Er grämte und sehnte sich.

„Nein, ich werde meine liebste Mama nie mehr wiedersehen", hörte er plötzlich eine Stimme.

Jurik fuhr auf und sah sich erstaunt um. Niemand war in der Nähe. Da merkte er erst, daß er selbst diese Worte ausgestoßen hatte, und es wurde ihm mit einemmal schmerzhaft klar, wie glühend er seine Mutter liebte, wie seine Seele unter der ständigen Sorge um ihr Schicksal litt, und wie unaussprechlich er sich nach ihr sehnte, nach ihr und den Schwesterchen und nach dem gewohnten Leben, das er von seiner Geburt an bis zu seiner Flucht aus Moskau geführt hatte. Jetzt hatte ihn plötzlich eine schonungslos grausame, gesetzlose Macht alles dessen beraubt, was ihm von Rechts wegen zukam und ihn, den gänzlich Unschuldigen, schlimmer wie einen jungen Hund aus dem heimatlichen Nest herausgestoßen.

Jurik merkte, daß er, in Gedanken versunken, den steilen, vereisten Kreschtschenskier Berg zum Dom emporstieg.

Es ging sich schwer. Die Beine glitten aus. Er kam außer Atem.

Der scharfe, durchdringende Wind pfiff und heulte in den kahlen, sich aneinander reibenden Ästen der dicken, alten, krummen Akazien, und verfing sich unter dem zu weiten väterlichen Mantel, den Jurik trug. Ihn fror.

Die Bäume knarrten klagend, als ob sie mit dem schlechten Wetter und der Kälte unzufrieden wären.

Drei Vorübergehende holten Jurik ein, sie hatten ganz blaugefrorene Gesichter.

Erregt unterhielten sie sich über irgend etwas. Alles sah kalt, ungemütlich, grau und traurig aus.

Und noch trüber und trauriger war es in Juriks Herzen. Es zeigte sich ihm so unwiderlegbar klar und deutlich, wie in einem kalten, blassen Licht, daß er nicht die geringste Hoffnung auf eine bessere Zukunft hatte, daß er ganz allein in der weiten Welt stand, verwaist, verlassen, in dem blutigen, alpdruckartigen Bürgerkrieg, — niemand nutze — hilflos, abgerissen vom heimatlichen Zweig, wie das trockene Blatt, das zu seinen Füßen raschelte und nun vom gleichgültigen Winde irgendwohin getrieben wurde.

Er war dem Weinen nahe. Seine bedrückte Seele suchte irgendwo Stütze und Halt.

Er hob den Blick.

Von hier unten aus der Allee gesehen, hob sich vom purpurnen Abendhimmel direkt vor ihm der schlanke, majestätische Riesenbau der Kosakenkathedrale in seinen prächtigen Umrissen mit den goldenen Kuppeln und den vielen goldenen Kreuzen deutlich ab.

Jurik liebte dies helle, schmucke, weitschweifige Gotteshaus und wohnte gern den schönen und feierlichen, dort abgehaltenen Gottesdiensten bei.

Und auch jetzt zog es den mutlosen, einsamen, tieftraurig gestimmten Knaben nach diesem Dom.

An einem Seiteneingang stieg er die breiten weißen Steinstufen hinauf.

Das Westtor war offen.

Jurik trat ein.

Durch die matt himmelblauen und am Rande buntfarbigen Scheiben der riesigen Fenster unterhalb der Kuppel drang das Licht des Sonnenuntergangs in den Raum; hier und da brannten vereinzelte Kerzchen und Öllämpchen, wie sanfte Sternchen in der sich verdichtenden Dämmerung verschwimmend.

Der Dom war leer. Doch als er sich genauer umsah, bemerkte Jurik, daß in den Ecken des Domes weibliche Gestalten auf den Knier lagen, manche sich in leidenschaftlichem Gebet auf den Boden geworfen hatten.

Es waren Mütter und Verwandte der kürzlich gefallenen Jünglinge, die hier ihrem trostlosen Schmerze sich hingaben.

Jurik, der aus einer guten, streng rechtgläubigen Familie stammte, hatte von seiner Mutter den festen Glauben an die Verehrung Gottes in sich aufgenommen, den auch die verderblichen atheistischen Einflößungen der Schule nicht unterdrücken konnten, und der jetzt in seinem aller Ideale beraubten jugendlichen Herzen durch die schrecklichen Eindrücke der Revolutionszeit nur noch tiefer Wurzel schlug. Er fiel vor dem Christusbild am Zarentor auf die Knie und betete, nicht so sehr mit Worten, als mit seinem ganzen gedrückten, sich sehnenden Gemüte und zerquälten Herzen.

„Großer barmherziger Gott, du siehst mein Herz. Vor dir bleibt nichts verborgen. Ich bin zu allem entschlossen, zu allem bereit, will alles leiden und dulden — wenn es sein soll, sogar den Tod . . . Wenn mein Blut vergossen werden muß, und du meine Seele haben willst, so nimm sie, Herr! Ich gebe sie dir mit Freuden, gehe mit Freuden aus dieser Welt, in der jetzt nur Schlechtigkeit und Lüge herrschen, in der alles Geheiligte verachtet wird . . ., in der Gewissen und Gerechtigkeit keinen Platz mehr haben. Aber Herr Gott, ich flehe dich an, rette meine Mama und die kleinen Schwesterchen . . ., schicke deinen Schutzengel, daß er sie vor den bösen Menschen und allem Unheil bewahren. O Herr, ich bitte dich, du Allmächtiger, lehre mich Unverständigen und segne mich Schwachen zu dem schweren Unternehmen, das ich vorhabe. Ich will der unglücklichen, verirrten Heimat dienen — stärke meine Kraft durch deine Kraft. Ich flehe dich drum, Heiligster, Allmächtigster."

Wie lange er gebetet hatte, er wußte es nicht.

Es war schon dunkel, und viele Sterne blitzten am frostklaren Abendhimmel, als er den Dom verließ.

Sein Herz war ihm leichter geworden, er kehrte ruhig und fest entschlossen nach Hause zurück und schlief diese Nacht so fest und gut, wie er schon lange nicht geschlafen hatte.

Früh morgens trat er ins Eßzimmer. Im Hause schlief noch alles. Nur der Onkel saß mit noch ganz rotem Gesicht vom kalten Wasser, womit er sich eben gewaschen hatte, am Tisch und goß sich ein Glas Tee ein.

„Oho, Jurik, warum bist du denn so früh aufgestanden?" fragte er. „Willst du Tee?"

„Ich will heute hingehen, Onkel, mich in die Abteilung Tschernezows eintragen lassen . . ."

Der Onkel warf einen raschen Blick auf den Knaben, senkte den Kopf und schwieg.

In seinen rassigen Zügen, mit der großen geraden Nase und dem dunkelblonden Bart, zuckte es.

Er zog sein Tuch aus der Tasche, zerknüllte es in den langen, weißen Fingern, wischte sich die feucht gewordenen Augen, stand dann auf und ging mit den Händen auf dem Rücken im Zimmer auf und ab.

„Jurik, mein lieber Junge, du bist noch reichlich jung für solche Unternehmungen," brachte er mit nicht ganz sicherer Stimme hervor, „warte lieber die Ankunft der Mama ab, dann könnte man doch gemeinsam beraten . . . Es kommen ja doch andere an, also wird sie auch noch kommen . . . Wahrscheinlich ist sie durch irgend etwas aufgehalten worden . . ."

Jurik sah schweigend vor sich nieder.

„Auf die Mama werde ich wohl immer vergeblich warten", antwortete er wehmütig und wandte seinen Kopf mit den nassen Augen dem Fenster zu, und seine halb geöffneten vollen, roten Lippen zuckten kindlich weinerlich. „Wenn die Mama herkommen könnte, so würde sie sich nicht aufhalten lassen. Ich kenne meine Mama . . ."

Sein Herz krampfte sich schmerzhaft. Die Stimme zitterte. Und die Tränen herunterschluckend, sagte er ganz leise, während er auf seine Finger starrte, die einen Zipfel des Tischtuches zerknüllten: — „Sie wäre längst hier, sie würde nie so lange dort geblieben sein . . . Aber sie ist doch nicht gekommen . . . Und die Zeit vergeht," — fuhr er, sich fassend, geschäftsmäßig fort. „Es paßt sich nicht, daß ich so 'rumsitze."

„Aber du bist ja noch ein Kind, Jura . . ."

„Wieso bin ich noch ein Kind, Onkel?! Ich habe viel jüngere und gar nicht zu sagen wieviel schwächere Partisane gesehen, als ich bin . . ., und trotzdem, die kämpften doch auch . . . Warum soll ich da still sitzen?! Das wär' ja 'ne Schande, Onkel. Und außerdem, ich halt's auch nicht länger aus, — so die Hände im Schoß . . ."

„Diese Zeiten . . ., fürchterliche Zeiten . . .", flüsterte der Onkel hilflos und blieb am Fenster stehen, sich heimlich mit dem Tuch die Tränen wegwischend.

Er fand weder Worte, noch hatte er den Mut, den Jungen von dem gefaßten Entschluß abzubringen.

Er wußte, daß diesmal all seine Beweisgründe doch kraftlos wären, hatte er doch schon mehr als einmal mit Jurik über das Thema gesprochen und seinen Eintritt bei der Truppe nur dadurch verhindert, daß er ihn jedesmal bat, doch die Ankunft seiner Mutter abzuwarten.

Jetzt glaubte er selbst nicht mehr an deren Eintreffen und sah, daß auch Jurik alle Hoffnung aufgegeben hatte.

Der Onkel segnete und bekreuzigte Jurik väterlich zu seinem heldenmütigen Unternehmen, drückte ihn fest an seine Brust und wandte sich, da er die Tränen nicht zurückhalten konnte, rasch ab. „Nun, Gott helfe dir, Jura. Wirklich, „Der Herr hat es den Unmündigen offenbart." Ihr unglücklichen russischen Kinder. Allein auf eure schwachen Knochen stützt sich das eigentliche Rußland. Durch euer junges Blut, euren Heldenmut schützt ihr es vor dem Eindringen der blutgierigen Teufel. Und wir, eure Väter, überhaupt die ältere Genration, geben unsere Kinder zum Pfand, verstecken uns hinter ihrem Rücken . . . Feige und bankerott in jeglicher Hinsicht — das läßt sich nicht entschuldigen . . ."

Er machte eine bittere Bewegung mit der Hand.

XI.

Jurik ging noch einige Male in die Kathedrale, beichtete, nahm das heilige Abendmahl und meldete sich leichten Herzens, direkt aus der Kirche kommend, in der Kanzlei der Abteilung Tschernezows als Freiwilliger.

Jetzt trug er ein feldgraues Hemd und einen grauen Soldatenmantel, hatte an den Füßen schwere, feste Schuhe aus grobem Leder mit unzähligen Nägeln beschlagen, Wickelgamaschen, auf dem Kopf eine graue Pelzmütze und in den Händen ein Infanteriegewehr mit Bajonett.

Jurik siedelte in das gemeinschaftliche Quartier der Tschernezowschen Abteilung über und gab sich mit Eifer seiner Ausbildung für die Front hin, lernte die Gewehrgriffe, in denen er kein Anfänger war, denn zu Zeiten des Kaisertums wurde den Gymnasiasten aus das beigebracht, und da der Vater während der drei letzten Jahre ihn oft auf die Jagd mitgenommen hatte, waren ihm auch die Schußwaffe und das Schießen nicht fremd.

Fünf Tage später, Jurik hatte knapp Zeit gehabt, zum Onkel zu laufen und sich von ihm und seiner Familie zu verabschieden, saß er schon mit einem Teil der Tschernezowschen Abteilung im Sonderzug und sauste aus Nowotscherkask heraus gen Norden.

Der Zug hielt nach wenigen Stunden Fahrt auf einer kleinen Station in der Steppe, wo soeben ein Gefecht gewesen war. Tschernezow verfolgte mit einem Teil seiner Abteilung die fliehenden Banden der Roten Armee.

Hier stand Jurik zum erstenmal auf einem wirklichen Schlachtfeld.

Die blutüberströmten, entstellten Leichname der Roten Gardisten, mit eingeschlagenen Schädeln und herausgequollenen Gedärmen, mit gebrochenen und verrenkten Armen und Beinen, in zerrissener blutiger Kleidung, machten ihm einen entsetzlich abstoßenden Eindruck. In Moskau hatte er auch von weitem Leichen gesehen, aber hier war das etwas ganz anderes.

Ganz verstummt und verdonnert stand er schaudernd da und biß sich auf die Lippen. Seine Blicke streiften flüchtig über alles hinweg und blieben nirgends haften.

Im ersten Augenblick hätte er am liebsten losgeschrien, Gewehr und Patronentasche hingeschmissen und wäre von diesem entsetzlichen Totenfeld weggelaufen, irgendwohin, ohne sich auch nur nach all dem Blut und Entsetzen, all dem Schauderhaften umzusehen.

Seine Kameraden — Junker, Kadetten, Gymnasiasten, Realschüler und Seminaristen, die aus allen Ecken des zerstörten und verstümmelten Rußlands hierhergeströmt waren, ebenso jung und unerfahren wie er, empfanden anscheinend genau dasselbe, doch niemand äußerte sich mit irgendeinem Wort darüber. (Forts. f.)

Handel
Finanz- und Wirtschaftspolitik

Polens Schicksal

Das Interesse des ausländischen Kapitals auch für Polens Industrie und Bankwesen ist seit einiger Zeit in lebhafter Zunahme begriffen. Auf der anderen Seite zwingt der immer stärker auftretende Geldmangel die Polen, in größerem Umfange ausländisches Kapital hinzuzuziehen. Sehr charakteristisch ist vor allem die Initiative, die neuerdings, zum Teil auf Anregung Korfantys, die „österreichische" Finanzwelt in Galizien, aber auch in dem übrigen Polen entfaltet. Von dem Eindringen Bosels in die galizische Petroleumindustrie und die polnisch-oberschlesische Schwerindustrie (Königs- und Laurahütte) haben wir schon des öfteren berichtet. Das Interesse der wiedererstarkten österreichischen Kapitalmacht an Galizien ist besonders begreiflich, da man das dortige Terrain von früher her gut kennt. Bemerkenswert ist aber, daß in letzter Zeit auch englische, amerikanische und französische Finanzgruppen Beteiligungen an der Industrie oder den Banken im übrigen Polen durch die Vermittlung Wiens suchen und gefunden haben. Hier spielt, wie auch in Deutschland, der Internationalismus der Börsendiktatur die größten Triumphe aus.

In einem Artikel des „Ilustrowanny Kurier Codzienny" werden zusammenfassend die folgenden Beteiligungen teils mit österreichischen, teils mit anderen ausländischen Finanzgruppen verbundenen Wiener Kapitals erwähnt: Wiener Kreditanstalt an der Warschauer Diskontobank, an der Galizischen Hypotheken-Aktienbank in Lemberg und Krakau, an der Schlesischen Bank in Bielitz, an der A.-G. Zieleniewski & Co., Krakau, an der Munitionsfabrik „Pocisk". Die Bodenkreditanstalt an der Galizischen Bank, an der Ersten polnischen Lokomotivenfabrik in Chrzanow, an dem Petroleumkonzern „Karpathen, Schodnica, und an der Zementfabrik in Szczakowa, die N.-O. Eskonto-Gesellschaft an der polnischen Bank für Industrie, an der Bismarckhütte und an der Kattowitzer Bergbaugesellschaft, die Wiener Depositenbank an der polnischen Industriebank, an der Österreichisch-Polnischen Bank, der Silesiagrube in Dziedice und an der Omnium Petroleumgesellschaft, die Firma Rothschild an den Petroleumgesellschaften Nafta, Galizien und Fanto, die Unionbank an der Umsatzbank in Krakau, der Königs- und Laurahütte, die Länderbank an der Allgemeinen Kreditbank in Krakau und Lemberg. Der Wiener Bankverein hat seine Filialen in Polen in selbständige polnische Unternehmen unter Heranziehung des belgischen Kapitals umgewandelt. Die Lombard- und Diskontobank hat gemeinsame Interessen mit der Schlesischen Eskontobank in Bielitz und Krakau und finanziert das östliche Hüttenwesen und die Textilindustrie. Die Verkehrsbank ist an den polnischen Petroleumgruben und die Merkurbank an der Commerzbank in Krakau sowie an der Firma Zieleniewski beteiligt.

Hingewiesen werden muß ferner auf das gesteigerte „italienische" Interesse namentlich an der polnisch-oberschlesischen Kohlenindustrie. Dies datiert seit der Ruhrbesetzung, die bekanntlich die Versorgung der italienischen Industrie mit mineralischen Brennstoffen außerordentlich erschwert hat. Vor kurzem hat sich mit Unterstützung der italienischen Regierung ein besonderes Konsortium für den Ankauf von Kohlenterrains in Polnisch-Oberschlesien gebildet, und das polnische Handelsministerium hat von diesem Konsortium bereits ein Angebot erhalten.

Das Interesse des „englischen" Kapitals war, abgesehen von gewissen Beteiligungen an der Textilindustrie (Widzewer Baumwollmanufaktur), seit einiger Zeit etwas in den Hintergrund getreten. Neuerdings macht sich ein Überfluß von verfügbaren Geldern in England bemerkbar, die die dortige Finanzwelt in Form von Staats- und Privatanleihen zum „Wiederaufbau" der polnischen Industrie und Landwirtschaft anzulegen geneigt ist. In London hat sich bereits unter der Firma M. Davidsohn Ltd. eine A.-G. gebildet, die die genannten „Zwecke" verfolgt.

Als Rahmen dieses „imposanten" Bildes der finanziellen Versklavung eines ganzen Volkes erscheinen die Meldungen über den Abschluß einer Morgan-Anleihe. Die polnische Regierung hat mit amerikanischen und englischen Finanzgruppen zwecks Gewährung einer Anleihe Verhandlungen gepflogen, über deren Ergebnis Kucharski folgenden Bericht veröffentlicht: Die Verhandlungen mit der Morgan-Gruppe sind bereits abgeschlossen worden. Ihre Hilfe wird eventuell bei der Gründung der Notenbank in Anspruch genommen werden. Das Aktienkapital wurde mit 150 bis 200 Mill. poln. Gulden (= schweiz. Franken) festgesetzt, wovon die Regierung 25 Proz. und das inländische Privatkapital 75 Proz. übernehmen werden. Für den Fall, als diese 75 Proz. nicht rechtzeitig eingezahlt werden, wird die Morgan-Gruppe den fehlenden Betrag als ein in vier Jahren rückzahlbares Darlehen erlegen, ohne jedoch Aktien der Notenbank als Entgelt dafür zu bekommen. Der polnische Staat besitzt bereits im Nationalfonds sowie in der Polnischen Landes-Darlehenskasse einen ausreichenden Goldvorrat in der Höhe von zirka 125 Mill. Goldmark, womit der 25proz. Anteil an der Notenbank gedeckt sein wird. Es sind bereits zwei Kommissionen, nämlich die Redaktionskommission, welche die Statuten der Notenbank entwerfen soll, sowie die ökonomisch-finanzielle Kommission, geschaffen worden. Die Aktien werden auf Namen lauten und dürfen ohne Bewilligung der Bank nicht veräußert werden. Die Anleihe der Morgan-Gruppe wird durch keinerlei Pfänder sicherzustellen sein. Außerdem wurden mit einer englischen Finanzgruppe Verhandlungen wegen einer langfristigen Konsumtionsanleihe eingeleitet. Die Höhe der Anleihe wurde auf 50 Mill. Dollar festgesetzt, wobei der Zinsfuß 7,5 bis 9,5 Proz. betragen wird. Auch diese Anleihe wird nicht durch Pfänder sichergestellt sein.

Das neue Geld

(Schluß.)

Die Einheitenwährung wäre eine noch nicht abgeschlossene Währung, sondern sie gäbe die Möglichkeit, diese Einheiten noch in die durch die Veränderungen der wirtschaffenen Verhältnisse gebotene Beziehung zu der alten Goldwährung im einzelnen zu bringen. Ist die Beziehung zur jetzigen Papiermark und zu den Auslandswährungen hergestellt, so wird kein Hindernis bestehen, den „Einheiten" eine bestimmte Bezeichnung, vielleicht sogar wieder die Bezeichnung Mark zu geben. Die Einheitenwährung wäre also geeignet, in verhältnismäßig kurzer Zeit die Einzelarbeitsleistungen in der innerdeutschen Volkswirtschaft mit einem im Werte sich gleichbleibenden Tauschmittel, also mit einem wertbeständigen Gelde zu bezahlen.

Der Gang der Dinge würde sich folgendermaßen gestalten müssen: Es wird die Reichsbank beauftragt, die Herstellung der Währungseinheiten in die Wege zu leiten. Die Summe der benötigten Währungseinheiten wird sich ungefähr schätzen lassen aus dem Bedarfe an Goldgeld und Scheidemünzen im Wirtschaftsjahre 1914 mit einem angemessenen Zuschlag nach den jetzigen Wirtschaftsverhältnissen. Die Notenpresse könnte stillgelegt werden, die Grundvoraussetzung für jede Sanierung unserer jetzigen Wirtschaftsverhältnisse.

Für die allgemeine Einführung der Einheitenwährung an Stelle der Papiermark wird hierauf ein bestimmter Zeitpunkt ins Auge gefaßt werden müssen, an dem die Arbeiten für die Übergangsmaßnahmen zur „Einheitenwährung" abgeschlossen sind, die namentlich den Zweck haben müssen, die Arbeitsleistungen und das übrige Wirtschaftsmaterial in die nötige Beziehung zur neuen Währung zu bringen.

Ferner müßte eine Wertbeziehung zwischen der in Umlauf befindlichen Papiermark und der Einheitenwährung hergestellt werden. Es müßte also Gelegenheit gegeben werden, den Bestand an Papiermark gegen Währungseinheiten umzutauschen. Inwieweit hierbei eine Aufwertung derjenigen Anlagewerte erfolgen kann, durch deren Wertminderung namentlich die minderbemittelten Berufskreise schwer getroffen sind (festverzinsliche Staatsanleihen, Hypotheken usw.), wäre zu erwägen.

Die Währung müßte außerdem in entsprechende Beziehung zu dem außerdeutschen Gelde gebracht werden. Es ist einerseits wichtig, der innerdeutschen Volkswirtschaft ein von außen unabhängiges Zahlungsmittel zu schaffen. Zur Zeit wird unsere Papiermark in ein täglich wechselndes Verhältnis zum Dollar gebracht. Ebenso wichtig ist aber andererseits die zwischenstaatliche Beziehung bei dieser neuen Regelung zu berücksichtigen.

Die Herstellung eines Verhältnisses der Währungseinheit zu den außerdeutschen Geldsorten könnte nur auf dem Wege einer schroffen staatlichen Zentralisation geschehen. Die fremden Geldsorten müßten sowohl für die Einzelwirtschaft wie auch für die gesamte innerdeutsche Volkswirtschaft als Zahlungs- oder Anlagemittel vollkommen ausscheiden, sie müßten aber auch für den einzelnen als Zahlungsmittel dann ausscheiden, wenn dieser gezwungen ist, für seine Produktion vom Ausland Materialien zu beziehen. Ein Produzent, der für sein Produkt gezwungen ist, ausländisches Material zu verwenden, müßte daher die Möglichkeit, aber auch nur diese Möglichkeit haben, sich ausländische Geldsorten, die für die Anschaffung eines Rohproduktes im Ausland nötig sind, bei einer Reichzentrale zu beschaffen, und zwar um einen Preis in der neuen Währungseinheit, der dem Preis der benötigten Devisen im Jahre 1914 ungefähr gleichstünde. Es ist selbstverständlich, daß bei den auch heute noch ausgedehnten Handelsbeziehungen mit dem Ausland die Beschaffung der Devisen durch das Reich erhebliche Mittel erfordern wird. Andererseits würden aber auch dadurch, daß für die Lieferung deutscher Fertigprodukte an das Ausland noch in erheblichem Maße ausländische Geldsorten eingehen, in der Beschaffung der Devisen durch die Reichszentrale keine unüberwindlichen Schwierigkeiten entstehen, da ja anzunehmen ist, daß die derzeitig bestehende Sucht nach ausländischen Geldsorten für reine Spekulationszwecke oder zu Anlagezwecken bei den Nichtproduzenten dann verschwinden wird, wenn eine wertbeständige Anlagemöglichkeit in deutscher Währung durch die Schaffung der Einheitenwährung geboten ist. Der Bedarf an Devisen für die Einfuhr von reinen Luxuswerten könnte dabei von der Devisenzentrale ohne Schwierigkeiten unmöglich gemacht werden.

Wieder eine Holzbank. Der „Wiener „Holzmarkt" bringt die Nachricht, daß sich das Bankhaus Bleichröder mit dem Projekt eines Wiener Holzgroßindustriellen, der die Holzabteilung einer Wiener Mittelbank leitet und ausgezeichnete Verbindungen mit der deutschen und französischen Holzwirtschaft hat, beschäftigt, eine Holzbank zu gründen, deren Tätigkeit vor allem den Holzlieferungen Deutschlands an Frankreich auf Reparationskonto gewidmet sein soll. „Die Projektanten des neuen Unternehmens rechnen jedenfalls auf außerordentlich günstige Geschäftsmöglichkeiten."

Soweit die Nachricht. Der Wiener Holzgroßindustrielle dürfte vermutlich die gleiche Persönlichkeit sein, die sich schon im Jahre 1920 an die deutsche Regierung mit dem Angebot herandrängte, die sämtlichen Holzlieferungen an die Entente zu übernehmen — natürlich aus reiner Selbstlosigkeit! Da es sich augenblicklich nur um ein Projekt handelt, halten wir mit unserer Kritik zurück. Mögen aber die Herrschaften die Rechnung nicht ohne den Wirt machen.

Beschäftigungsmangel in der Metallindustrie. Nach der 1 760 001 Arbeiter erfassenden Statistik des Deutschen Metallarbeiterverbandes waren in der Woche vom 23. bis 29. September 33,6 v. H. (31,4 v. H. in der Vorwoche) Kurzarbeiter und 8,5 (7,9) v. H. Arbeitslose. Stärker noch drückt sich die Verschlechterung des Arbeitsmarktes in der Verschiebung der Dauer der Kurzarbeit aus, wo die Prozentsätze bei geringen Kürzungen sinken; dagegen bei den starken Kürzungen steigen. Die Dauer der Kurzarbeit verteilt sich auf die davon betroffenen Arbeiter wie folgt: bis 8 Stunden 14,3 (14,4), 9—16 Stunden 21,6 (24,2), 17 bis 24 Stunden 45,5 (44,2), 25 und mehr Stunden 18,6 (17,2) Prozent. Den größten Anteil an Vollarbeitern weisen die Bezirke Berlin mit 83, v. H., Königsberg mit 82,3 v. H. und Stettin mit 80,7 v. H. auf. Die Kurzarbeiter sind am stärksten vertreten in den Bezirken Nürnberg mit 63,2 v. H., Stuttgart mit 59,3 v. H. und Köln mit 57,5 v. H. Den höchsten Stand an Arbeitslosen haben die Bezirke Hagen mit 31,3 v. H., Köln mit 14,3 v. H. und Brandenburg mit 15,3 v. H.

Die Welternte 1923

Vom Internationalen Ackerbauinstitut in Rom werden soeben die Schätzungen über die Weltgetreideernte mit Ausnahme Chinas und Rußlands veröffentlicht. Ohne diese beiden Länder beträgt die Ernte 1923 auf der nördlichen Halbkugel 822 Millionen Doppelzentner Weizen, 295 Millionen Doppelzentner Roggen, 241 Millionen Doppelzentner Gerste und 511 Millionen Doppelzentner Hafer. Dieses Ergebnis übersteigt nicht nur die höchsten Ergebnisse der Nachkriegszeit, sondern, mit Ausnahme des Roggens, auch die durchschnittlichen Erträge der Jahre 1910—1914. Gegenüber dem Vorjahre werden über 70 Millionen Doppelzentner Weizen, je 50 Millionen Doppelzentner Gerste und Roggen, sowie 65 Millionen Doppelzentner Hafer mehr erwartet. Das gute Ergebnis ist auf die günstigen Witterungsverhältnisse zurückzuführen. In Nordamerika hat die ausgezeichnete Ernte von Kanada den in den Vereinigten Staaten eingetretenen Ausfall ausgeglichen. Asien hat das Vorjahr, das eine besonders reiche Weizenernte aufwies, wieder erreicht. Auch von der südlichen Halbkugel kommen gute Nachrichten; insbesondere aus Argentinien und Australien. 1923 zählt demnach zu den besten Welterntejahren seit Beginn des 20. Jahrhunderts.

Soweit der Preisbericht der Bayer. Landesbauernkammer vom 6. Oktober 1923. Dazu bemerkt die Preisberichtstelle folgendes:

„Die Getreide- und Produktenmärkte standen naturgemäß völlig unter dem Einflusse der Vorgänge auf dem Devisenmarkt. Die durch die innerpolitische außerordentlich gespannte Lage hervorgerufene scharfe Aufwärtsbewegung der Devisen veranlaßten auch im Produktenverkehr eine starke Steigerung der Preisforderungen. Trotz des gewaltigen Anziehens der Devisen und der damit verbundenen Aufwärtsbewegung der Preise sind die Getreidepreise noch erheblich hinter den Weltmarktpreisen zurückgeblieben. In Goldmark umgerechnet zeigen alle landwirtschaftlichen Produktenpreise ein sehr erhebliches Zurückbleiben gegenüber den Friedenspreisen. Das Disagio beträgt bei Weizen beispielsweise 50 bis 60%. Da andererseits die landwirtschaftlichen Produktionspreise zum Teil weit über Goldmarkparität liegen, kündet sich in diesem Mißverhältnis zwischen Produktionskosten eine Agrarkrise mit all ihren verhängnisvollen Folgen für unsere Ernährungswirtschaft an."

Wir möchten dazu bemerken:

Es übersteigt alle Begriffe, wenn festgestellt wird, daß das Ernteergebnis auf der nördlichen Halbkugel nicht nur das höchste Ergebnis der Nachkriegszeit, sondern sogar die durchschnittlichen Erträge der Jahre 1910/14 übertrifft, wenn festgestellt werden muß, daß das Erntejahr 1923 zu den besten Welterntejahren gehört seit Beginn unseres Jahrhunderts — und wenn man dazu die Preise vergleicht.

Der Börsenpreis für Weizen betrug auf der Münchener Produktenbörse am 6. Oktober für Weizen 800—900 Millionen! Es könnte also die Welt mit Getreide geradezu überschwemmt werden, und trotzdem würden diese Preise gefordert. An diesem einfachen Beispiel sieht man, wo die wahren Diktatoren sitzen und wie unermeßlich die Schwindelmanöver der Spekulation und des Zwischenhandels sein müssen, die eine Welt von Menschen, Erzeuger wie Verbraucher, hinters Licht zu führen vermögen. Durch künstliche marxistische Güterknappheit im Lebensnotwendigen, durch schwindelhafte börsentechnische Machenschaften wird unser Volk in den Geldwahn und die Verelendung hineingepeitscht. Wer jetzt die Zügel einer „Diktatur" ergreift, hat mit Rücksicht auf die furchtbar ernste Lage und die Kostbarkeit der Zeit mit seiner Person den Nichtgebrauch oder Mißbrauch seiner Gewalt im Sinne des Volkswohls zu vertreten.

Ausschuß für Volksernährung.

Wirtschaftsrundschau

Der „wohlverdiente" Ruhestand. Blättern zufolge wird ein Wechsel im Direktorium der Deutschen Bank eintreten. Paul Mankiewitz und Dr. Heinemann legen aus Gesundheitsrücksichten die Ämter als Direktoren demnächst nieder.

Auslandskredit ohne Ende. Dem Lande Salzburg wurde von einem englisch-amerikanischen Konsortium ein Kredit von 400 000 Dollar gegen 7 Proz. Zinsen für den Ausbau der Salzburger Wasserkräfte gegeben. Hierdurch wird der Ausbau des Fuscher Kraftwerkes in dessen Bauführung infolge des Kapitalmangels ein Stillstand eingetreten ist, gesichert.

Um die Börsenzulassungssteuer. Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsministeriums hat den Entwurf des neuen Börsensteuergesetzes welches eine einmalige Zulassungsgebühr von 500 Goldmark für jede Person vorschlägt mit 7 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Der Stadt Mindelheim wurde die Genehmigung erteilt, 5 Proz. Schuldverschreibungen auf den Inhaber im Gesamtbetrag von 100 000 Goldmark = 35,840 Kilo Feingold, in den Verkehr zu bringen.

Gesellschaften

Der Bayerischen Vereinsbank in München wurde die Genehmigung erteilt, 52 250 Mill. 4 Proz. Hypothekenpfandbriefe auszugeben.

Berlin. Der Jahresschluß der Universum-Film-Aktiengesellschaft (Ufa) per 31. Mai 1923 weist einen Bruttogewinn von 7 167 559 000 M. gegen 104 377 000 M. im Vorjahre auf. Nach Abzug der Handlungsunkosten und Abschreibungen von 5 166 813 000 M. gegen 45 005 000 M. im Vorjahr verbleibt ein Reingewinn von 2 000 745 000 M. gegen 59 371 000 M. im Vorjahr.

Dauernde Beteiligungen an den Konzerngesellschaften im In- und Auslande einschließlich denselben gewährten Betriebskapitalien stehen nach Abschreibung mit 337 985 925 Mark wie im Vorjahre mit 100 Millionen Mark zu Buch. Die gesamten Vorräte sind abgeschrieben. Der gesetzliche Reservefonds ist im alten Geschäftsjahr auf 612 337 000 M. erhöht worden. Durch die weitere Verwertung der im Vorjahre ausgegebenen neuen Aktien hat sich der Reservefonds im neuen Geschäftsjahre auf 18 Milliarden erhöht. Aus dem Reingewinn werden 700 Prozent gegen 30 Prozent im Vorjahre Dividende ausgeschüttet. Die Gesellschaft will den Besitzern von Dividendenscheinen die Möglichkeit einer nachträglichen wertbeständigen Anlage in Ufa-Aktien gewähren, indem sie gegen Lieferung von je 10 Dividendenscheinen eine Ufa-Aktie von 1000 M. zum Durchschnittsmittelkurs des abgelaufenen Geschäftsjahres, also 7000 Prozent, abgibt. Das neue Geschäftsjahr habe einen befriedigenden Verlauf genommen, namentlich auch das Auslandsgeschäft.

Otavi-Minen. Im ersten Semester des laufenden Geschäftsjahres, d. i. vom 1. April bis zum 30. Sept. 1923, hat die Otavi-Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft verschifft: etwa 21 700 Tonnen Erze (i. V. 18 000 Tonnen), 2290 Tonnen Kupferstein (i. V. 2000 Tonnen) und 270 Tonnen Werkblei (i. V. 300 Tonnen).

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Politik: Joseph Stolzing-Cerny; für Stadtnachrichten: Fr. X. Ragl; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: Hermann Esser; für den Anzeigenteil: Otto May. Verlag: Franz Ebers Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.

Ankauf von
Brillanten
Gold. u. silb. Herrenuhren
Gebisse — Zähne — Platin
Gold- u. Silbergegenstände
Hans Bermüller
Kapellenstr. 3/I beim Karlstor (neben Oberpollinger), gegenüber Café Fürstenhof / Fernsprecher Nr. 53816
Separate Ankaufsräume

Goldina-Kakao-Stube
neben den Dachauern Platzl 1 gegenüber dem Hofbräuhause
Kakao, Kaffee, Tee, Eis, Limonade, Gebäck usw.
Bürgerlich gediegener, angenehmer Aufenthalt!
Fernruf Nr. 23029

Das muß festgenagelt werden, denn da bezahlt man die besten Preise für Flaschen-Zeitungen-Altpapier-Eisen-Altmetalle
Merken Sie sich:
Gebr. Albrecht
Schleißheimerstr. 44
Hildegardstraße 11
Riedlstraße 4
Telephon 52774

PARFUMERIE
SCHNEIDER
SCHELLINGSTRASSE 69
FEINSEIFEN UND TOILETTEGEGENSTANDE

Die täglichen Verleumdungen gegen die nationalsozialistische Bewegung machen es unseren Parteiangehörigen und Freunden zur Pflicht, unsere Literatur zu kennen. Namentlich muß die Erläuterung unseres Programms allen Nationalsozialisten in Fleisch und Blut übergehen. Jeder schaffe sich deshalb an:
Wesen, Grundsätze u. Ziele der Nationalsoz. Deutschen Arbeiterpartei
Herausgegeben und erläutert von
Alfred Rosenberg
Grundpreis M. —,50 mal Teuerungszahl
Deutschvölkische Buchhandlung
München, Thierschstr. 15

Seidene
Fahrradfähnchen
in all. Farbstellungen, auch solche der Nationalsozialist. Deutsch. Arbeiterpartei
empfiehlt Fahnenfabrik
Robert Träger, Pirna i. Sachsen
Sachsens größtes Spezialhaus allen Vereinsbedarfs

LANGENHAN & EGNER
Fabrikat. u. Großhdlg. in Werkzeug. u. Maschinen
Spezialitäten: Fräser, Reibahlen, Spiralbohrer, Gewindebohrer usw.
MÜNCHEN SW 2, Nußbaumstraße 6
Telephon 56266

Regenmäntel
werden unter billigster Berechnung repariert.
Gummiwaren-Fabrik
Anton Luber, München
Lindwurmstraße 88. Telephon 73618.

Nettes Zimmer an soliden geb. Herrn **zu vermieten**
Dr. Winter, Gabelsbergerstraße 78/4
Zu sprechen früh 8—³/₄9 Uhr

Völkisch gesinnter junger Kaufmann
wünscht mit einem gleichgesinnten Mädel aus Bayern in Briefwechsel zu treten.
Gefl. Zuschrift. unter 1633 an die Anz.-Abt. d. Bl.

LAST-AUTO und Anhänger 2 bis 5 Tonnen
sowie
Personen-Auto preiswert zu verkaufen.
Schwabinger Automobilhaus
GEBR. HERRMANN, München
Siegesstraße 26 Telephon 31633
Zufahrt Leopold- Ecke Fendstraße

‚Der Sturm'
Kritische deutsche Wochenschrift Hannover
bekämpft rücksichtslos den jüdischen Einfluß und ist die in Norddeutschland am meisten gelesene deutschvölkische Zeitschrift.
Grundpreis monatl. 30 Pfennig.
Bei jeder Postanstalt zu bestellen.

Zu kaufen gesucht!
Die Verkehrsabteilung der N.S.D.A.P. sucht für die Autostaffel sofort mehr.
Kühler-Schutzhauben
sowie mehrere
gebrauchte Reisedecken
Preiswerte Angeb. wollen umgehend an die Geschäftsst. der Verkehrsabt., Corneliusstr. 12, eingesandt werden.

Mein Name ist Robert Böh
Von Beruf Hutmachermeister
Ich gestatte mir, die
Hutfabrik u. Façonieranstalt ‚Modern'
in empfehlende Erinnerung zu bringen.

„Weihnachtsglück"
Nationalsozialist, 27 Jahre alt, 1,75 Meter groß, stramme Erscheinung, Beruf Kaufmann, mit zeitgemäßem Einkommen, sucht zwecks baldiger Heirat die Bekanntschaft eines jungen, blonden, deutschen Mädels im Alter von 18—21 Jahren zu machen. Bedingung ist eigenes, wenn auch kleines Heim, Berufstätigkeit, Vermögen nicht notwendig. Offerten mit Bild, welches auf das Wort eines deutschen Mannes zurückgegeben wird, unter „Weihnachten 1923" Luisenpostlagernd. Verschwiegenheit ist Ehrensache.

Für meine beiden Söhne von 12 u. 18 Jahren, welche 1½ Jahre in München verbleiben sollen, suche ich
vollständige Pension
in guter Familie. Angebote in Goldmark erbeten unter Nr. 1648 an die Anzeigen-Abteilung d. Bl.

ALTPAPIER
Zeitung, Bücher, Hefte, Akten, Stampf, Lumpen, Flaschen, Altmetalle und Alteisen
kauft zu den höchsten Preisen
Joseph Duschl
München, Dachauer Straße 21/[illegible]
Telephon 55236 / Hole jedes Quantum frei ab / — Hof links

Stellenmarkt

Sattlermeister-Invalide
sucht dringend Heimarbeit an Militärarbeiten (Artillerie oder Infanterie). Zuschriften erbeten an
H. Josef Hofmann, Sattlermeister
Parsberg (Oberpfalz).

Löwenschänke Kulmbach
Treffpunkt aller Völkischen
Adam Renschel

Spedition An- und Abfuhr von Stückgütern und Waggonladungen *** Verpackung und Lagerung
Lastkraftwagenverkehr und Möbeltransporte
K. Kammerloher G.m.b.H.
Telephon 20150 München Aventinstraße 2

§ = Theatergemeinde • = Volksbühne

Spielplan der Münchner Theater vom 21. Oktober bis 29. Oktober

	National-Theater	Residenz-Theater	Prinz-Regenten-Theater	Theater am Gärtnerplatz	Münchner Schauspielhaus	Operettenbühne (Lustspielhaus)	Münchner Volkstheater	Münchner Theater (Blumensäle)
Sonntag, 21. Oktober nachmittags	—	—	—	Bajadere (3 Uhr)	Liebelei (3.30 Uhr)	Madame Pompadour (3.30 Uhr)	Zwangseinquartierung (3.30 Uhr)	Das Stiftungsfest (3.30 Uhr)
Sonntag, 21. Oktober abends	16. Vorst. Abt. II Die Zauberflöte (6 Uhr)	Der Widerspenstigen Zähmung (7.30 Uhr)	Kampl (7.30 Uhr) 58101—58800 § 62701—63000 §	Die Siegerin 7.30 Uhr	Ein Traumspiel (7.30 Uhr)	Die Faschingsfee (7.30 Uhr)	Der Fürst von Pappenheim (7.15 Uhr)	Die Hamburger Filiale (7.30 Uhr)
Montag, 22. Oktober abends	17. Vorst. Abt. IV Hamlet (7 Uhr) 57401—57550 § 58801—59400 §	Kammer-Tanzabend Der tapf. Teddybär Amorett. Tanzszenen (7.30 Uhr)	Der Meeres und der Liebe Wellen (7 Uhr) 16801—17100 • 26001—28900 •	Die Siegerin (7.30 Uhr)	Der Schwan (7.30 Uhr)	Die Faschingsfee (7.30 Uhr)	Der Fürst von Pappenheim (7.30 Uhr)	Die Hamburger Filiale (7.30 Uhr)
Dienstag, 23. Oktober abends	17. Vorst. Abtl. II Salome (7.30 Uhr) 21101—21200 • 64101—64200 §	Der Krampus (7.30 Uhr) 13401—13500 •	Der Strom (7 Uhr) 53551—53650 § 67601—68000 §	Die Siegerin (7.30 Uhr)	Ein Traumspiel (7.30 Uhr)	Die Faschingsfee (7.30 Uhr)	Der Fürst von Pappenheim (7.30 Uhr)	Die Hamburger Filiale (7.30 Uhr)
Mittwoch, 24. Oktober abends	18. st. 17. Vorst. Abt. I Troubadour (7 Uhr) 9801—9900 • 63901—64000 §	Alles um Geld (7.30 Uhr) 54001—54200 §	Die deutschen Kleinstädter (7 Uhr) 54951—55200 § 68501 69250 §	Die Siegerin (7.30 Uhr)	Über die Kraft (7.30 Uhr)	Die Faschingsfee (7.30 Uhr)	Der Fürst von Pappenheim (7.30 Uhr)	Die Hamburger Filiale (7.30 Uhr)
Donnerstag, 25. Oktober abends	Zar und Zimmermann (7 Uhr) 9101—9800 • 66801—67800 §	Wenn der junge Wein blüht (7.30 Uhr) 1301—1400 •	Florian Geyer (7 Uhr) 22601—24700 •	Die Siegerin (7.30 Uhr)	Ein Traumspiel (7.30 Uhr)	Die Faschingsfee (7.30 Uhr)	Der Fürst von Pappenheim (7.30 Uhr)	Die Hamburger Filiale (7.30 Uhr)
Freitag, 26. Oktober abends	16. Vorst. Abtl. IV Liebesverbot (7 Uhr) 2701—2900 • 67401—67600 §	Alles um Geld (7.30 Uhr) 20201—20300 • 30101—31500 •	Medea (7 Uhr) 21301—22600 • 25801 26000 •	Die Siegerin (7.30 Uhr)	Zum erstenmal Des Esels Schatten (7.30 Uhr)	Die Faschingsfee (7.30 Uhr)	Der Fürst von Pappenheim (7.30 Uhr)	Die Hamburger Filiale (7.30 Uhr)
Samstag, 27. Oktober abends	18. st. 17. Vorst. Abt. V Fidelio (7 Uhr)	Jan der Wunderbare (7.30 Uhr) 52701—52800 §	Maß für Maß (7 Uhr) 19001—20200 •	Die Siegerin (7.30 Uhr)	Des Esels Schatten (7.30 Uhr)	Die Faschingsfee (7.30 Uhr)	Der Fürst von Pappenheim (7.15 Uhr)	Die Hamburger Filiale (7.30 Uhr)
Sonntag, 28. Oktober nachmittags	—	—	—	Offenbach (3 Uhr)	Musik (3.30 Uhr)	Madame Pompadour (3.30 Uhr)	Der Fürst von Pappenheim (3.30 Uhr)	Die Hamburger Filiale (3.30 Uhr)
Sonntag, 28. Oktober abends	Aida (6 Uhr) 21201—21300 • 62901—63000 §	Die Kinder (7.30 Uhr) 53451—53550 §	Hermannsschlacht (7.30 Uhr) 63101—63900 § 64201—64300 §	Die Siegerin (7.30 Uhr)	Des Esels Schatten (7.30 Uhr)	Die Faschingsfee (7.30 Uhr)	Der Fürst von Pappenheim (7.15 Uhr)	Die Hamburger Filiale (7.30 Uhr)
Montag, 29. Oktober abends	16. Vorst. Abt. I Das Nachtlager in Granada (7 Uhr) 2901—3050 • 62751—62800 §	Alles um Geld (7.30 Uhr) 54201—54400 §	Die Spielereien einer Kaiserin (7 Uhr) 13501—13700 • 17101—18200 •					

Künstler-Marionetten-Spiele: Samstag, 20. und Sonntag, 21. Oktober je 3 Uhr: „Das Glück ist blind." Samstag, 20. u. Sonntag, 21. Oktober je ¼8 Uhr: „Die letzten Fensterln", hierauf „Kasperl tot und lebendig", hierauf „Drei Jahrl'n nach'm letzten Fensterln".

Nachtvorstellungen im Münchner Volkstheater: Sonntag, den 21. Oktober und Sonntag, den 27. Oktober je ¾10 Uhr: „Gretchen".